JANUAR | FEBRUAR 2013

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
12. Februar 2012

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

antifaschismus
NPD-Wahlkampf steht vor der Tür 7
Leugner 12
Aus den Augen verloren 15

antirepression
Plötzlich plappern Anna und Arthur 18

internationalismus
Die Black Panthers von Biskopsgården 20
Echos der Vergangenheit 23

(post-)kolonialismus
Motorradhelm statt Tropenhelm 27
Die ganze Kolonie, Marsch! 30
Eine sehr deutsche Sicht auf die Verhältnisse 34

Ankündigungen 37

Editorial

Etwas mehr als ein Jahr ist es nun her, dass die Mordserie des NSU aufgedeckt wurde. In der Redaktion haben wir viel darüber diskutiert, inwiefern die radikale Linke es vergeigt hat, sich zum Thema NSU zu verhalten. Sei es, in (bürgerliche) Debatten und Prozesse einzugreifen und eigene Positionen und Inhalte einzubringen oder sich mit den Angehörigen der Opfer und ihren Communities solidarisch zu zeigen. Aufgefallen ist uns, dass die „Szene“ vor allem geschwiegen hat. Auch wir als Redaktion haben es nicht hinbekommen, dem Thema und seinem Ausmaß zumindest annähernd gerecht zu werden. Vielleicht wundert ihr euch, warum wir jetzt auf einmal das Bedürfnis haben, darüber zu sprechen und fast unser ganzes Editorial damit füllen. Wir würden sagen, dass ist Produkt unserer Diskussion und ein Versuch, dem beharrlichen Schweigen ein bisschen was entgegenzusetzen.

Wir sind nach wie vor schockiert, dass es organisierten Neonazis möglich war, über zehn Jahre lang im Untergrund zu agieren und Menschen, die nicht in ihr nazistisches Weltbild passen, zu ermorden. Doch als wäre das nicht genug: Seit einem Jahr reagieren selbst antifaschistische Gruppen bzw. radikale Linke, welche mit der Parole: „Staat und Nazis Hand in Hand“ immer vom Schlimmsten ausgegangen sind mit größter Fassungslosigkeit auf die weitreichenden und unrühmlichen Verstrickungen deutscher Sicherheitsbehörden in den Fall NSU. Mit der Fassungslosigkeit, aus der trotz des Ausmaßes kaum Reaktionen resultierten, machte sich innerhalb eines großen Teils der deutschen radikalen Linken eine Lähmung im Bereich Antifaschismus breit, die auch heute noch zu spüren ist.

Es ist doch sehr bezeichnend, dass eine neonazistische Mordserie mit zehn Toten und und den folgenden überaus kläglichen Aufklärungsversuchen zu (fast) mehr Kritik aus dem bürgerlichen Spektrum an deutschen Sicherheitsbehörden führt als aus der radikalen Linken. Inwiefern eine radikale Linke es verpasst hat, deutlich mehr Einfluss auf die Debatten – vor allem zum Verfassungsschutz – zu nehmen, wird sich wohl nicht mehr herausfinden lassen. Denn (und dass muss mensch sich selbstkritisch zugestehen) als selbst in den konservativsten Tageszeitungen von zumindest einer Umstrukturierung oder gar der Abschaffung des Verfassungsschutz die Rede war, hat die radikale Linke geschwiegen.

Als es darum ging, sich mit Angehörigen und Communities solidarisch zu erklären, haben sich die wenigsten von uns bei den Gedenkveranstaltungen blicken lassen. Über die Gründe des Schweigens lässt sich viel spekulieren: inhaltliche Überforderung (aufgrund der Komplexität des Themas) und fehlende Strategien, wirkungsvoll in bürgerliche Debatten einzugreifen, stehen wohl ganz hoch im Kurs. Vielleicht spielt auch Scham darüber eine Rolle, dass der Rassismus in der Berichterstattung zu den Morden nicht entlarvt wurde und dem Grundsatz, dass mensch den Bullen bei ihren Ermittlungen auf die Finger gucken muss, nicht entsprochen wurde. Vielleicht, weil die Ermordeten keine *weißen*, deutschen Linken waren...?

Heute interessiert das Thema kaum noch, außer es flackert kurz aufgrund neuer Skandale in den Medien auf.

Über das generelle Versagen bzw. die aktive Behinderung bei der Aufklärung der NSU Morde durch die deutschen Sicherheitsbehörden täuscht auch nicht die Entscheidung der Innenministerkonferenz hinweg, ein NPD Verbotsverfahren einzuleiten. Auch wenn wir uns freuen, dass wir uns im besten Fall demnächst zumindest nicht mehr auf parlamentarischer Ebene mit den Arschlöchern von der NPD rumärgern müssen (zum NPD Wahlkampf in Oldenburg und Umgebung empfehlen wir den Recherchebericht der Gruppe antifa.elf auf den Seiten 7-11), ist dies noch lange kein Grund für uns, danke zu sagen. Denn selbst wenn auf der Innenministerkonferenz ein Verbotsverfahren vorbereitet wurde, es handelt sich um die selbe Innenministerkonferenz, die für die menschenunwürdige Asylpolitik verantwortlich ist. Es ist auch die selbe

Innenministerkonferenz, die brutale Polizeieinsätze gegen hungerstreikende Geflüchtete in Berlin legitimiert. An dieser Stelle wollen wir nochmal unsere Solidarität mit allen kämpfenden Geflüchteten ausdrücken, sei es in Berlin, auf öffentlichen Plätzen, in den Lagern oder an den europäischen Außengrenzen.

Auch in Niedersachsen war diesbezüglich einiges los. Uns hat die Demo zur Abschaffung des rassistischen Gutscheinsystems in Hannover sehr gefreut. Auch wenn die Teilnehmer_innenzahl deutlich höher hätte ausfallen können, kraftvoll und laut war die Demo allemal. Aber lest selbst mehr dazu in der Kurzmeldung. Aus Oldenburg gibt es leider nicht allzu schöne Sachen zu berichten. Die Stadtverwaltung hat der Wagenburg gekündigt, ohne sich vorher auf ein Alternativgelände geeinigt zu haben. Nun stehen die Bewohner_innen vor der beschissenen Situation, den Platz zu einem festgesetzten Zeitpunkt räumen zu müssen, ohne dass sie wissen, wo es hingeht. Wir versprechen der Stadt und dem Investor Dirk Onnen auf jeden Fall, dass sie sich so wohl kaum Freund_innen machen...

Seit dem 1. Dezember 2012 sind die Kreiswehrersatzämter Geschichte, ihr Pendant nach der Bundeswehrreform werden die niegelnagelneuen „Karrierecenter“ der Bundeswehr. Oldenburg ist bei der Verteilung dieser 16 Center leer ausgegangen – fast. Der Trostpreis ist eins der 110 zukünftigen „Karriereberatungsbüros“. Die Freude bei Innenminister Schünemann und auch bei der NWZ ist verhalten – trauert man doch dem verlorenen Kreiswehrersatzamt nach (das ja zumindest eines der Größten des Landes war). Unsere Freude würden wir auch als verhalten bezeichnen, wenn auch aus anderen Gründen. Die Bundeswehr ist immer noch nicht abgeschafft und Oldenburg ist und bleibt seiner militaristischen Tradition treu. So wird Oldenburg stolze Herberge des Stabs der 1. Panzerdivision aus Hannover und alleiniges Versorgungszentrum der Bundeswehr. Das schon existierende Versorgungsamt wird ausgebaut und die Außenstellen in Kempten (Bayern), Grillenfeld (Rheinland-Pfalz) und Berlin bis Ende 2015 in Oldenburg konzentriert.

Mit Füße hochlegen und sich den Abzug von Bundeswehreinheiten aus Oldenburg vom Sofa aus angucken is‘ also nix. Dann heißt‘s wohl: Bundeswehrabzug selber machen...

Wir haben uns gefreut, passend zur Veranstaltung „Revolutionsträume, praktizierte Solidarität und einsame Strände...“ einen Artikel zu finden, der sich mit einer Kritik an sogenannten „Freiwilligendiensten“ (S. 27-29) beschäftigt und zum Anderen einen Artikel eingereicht zu bekommen, der das strittige Konzept „Entwicklungshilfe“ (S. 30-33) thematisiert und hoffen so etwas zu der weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema beitragen zu können. Uns jedenfalls hat es gefreut die Artikel zu lesen, da wir zum Teil ein diffuses Unwohlsein zu „Freiwilligendiensten“ und „Entwicklungshilfe“ hatten, unsere Kritik aber nicht so richtig formulieren konnten und diese in den Texten wiedergefunden haben.

In Trauer und Wut haben wir das Urteil gegen den einen Bullen im Prozess um die Tötung von Oury Jalloh aufgenommen. Oury Jalloh verbannte im Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle in Dessau. Das Gericht hält im Revisionsprozess (im ersten Prozess kam es zu einem Freispruch der Bullen) an der These der Selbstentzündung fest und behindert gleichzeitig weitere Untersuchungen.

Es bleibt für uns dabei: Rassistische Polizeigewalt stoppen!

Oury Jalloh das war Mord!

Eure Alhambra-Redaktion

Morddrohungen gegen kolumbianische Gewerkschafter_innen
Valle del Cauca, Kolumbien Verschiedene paramilitärische Verbände (darunter die Aguilas Negras und die AUC-Autodefensas Unidas de Colombia) haben den Gewerkschafter_innen in Kolumbien einen „schwarzen Dezember" angekündigt. Konkrete Morddrohungen haben vor allem Gewerkschaft_innen erhalten, die bei Nestlé beschäftigt sind. Es ist nicht zu erwarten, dass Nestlé Schutzmaßnahmen trifft, da die Zusammenarbeit mit den Paramilitärs gängige Konzernpolitik ist. Gegen einen früheren Nestlé-Chef und vier weitere Manager der Konzernspitze hat der Europäische Gerichtshof im März 2012 Strafanzeige wegen „Fahrlässige[r] Tötung durch Unterlassen an dem kolumbianischen Gewerkschafter Luciano Enrique Romero Molina" gestellt.

Arbeitskämpfe bei Neupack
Rotenburg/Stellingen Seit Anfang November streiken in den zwei Neupack-Werken (ein Verpackungsmitelhersteller) die rund 200 Beschäftigten. Sie fordern höhere Löhne, eine verbindliche Urlaubsregelung und die Einführung eines Tarifvertrags.

Im Vorfeld des Streiks verschärfte sich die ohnehin angespannte Situation dadurch, dass die Besitzer-Familie einen Kleinkrieg gegen Betriebsräte und aktive Gewerkschafter_innen anzettelte und den Beschäftigten nach einem Warnstreik einen Teil des Lohns vorenthielt.

Die Geschäftsleitung weigert sich bisher in Verhandlungen mit den Beschäftigten oder der Gerwerkschaft zu treten und ist lediglich zu unverbindlichen Gesprächen bereit. Durch den Einsatz von Streikbrecher_innen einer Leiharbeitsfirma und Security versuchten sie die Streikenden zu demoralisieren. Blockaden der Werkstore werden immer wieder von der Polizei aufgelöst.

Unterstützung erhalten die Streikenden von Beschäftigten anderer Betriebe, linken Gruppen aber auch von Kolleg_innen der Atlas Maschinen GmbH, die vor zwei Jahren einen ähnlichen Kampf gegen das Gutsherren-Gehabe ihres Chefs geführt haben.

Aktuelle Infos: soli-kreis.tk

Wagenplatz am Stau gekündigt
Oldenburg Ende Februar 2012 soll Schluss sein mit der Oldenburger Wagenburg am Stau – so sieht es zumindest der Verwaltungsausschuss der Stadt, der bei seiner letzten Sitzung eine Kündigung für das dort seit 18 Jahren bestehende Wohnprojekt beschlossen hat. An diesem Standort soll in den nächsten Jahren ein Yuppiequartier entstehen. Derweil ist die Zukunft der Wagenburg nach wie vor ungeklärt. Zur Diskussion steht ein Gelände an der Maastrichter Straße, mit dem die Wagenburg auch prinzipell einverstanden ist, doch besteht noch reichlich Diskussionsbedarf. Neben einer problematischen Zufahrt zum Parkplatz-Gelände der Weser-Ems-Halle, welche über das Gelände führt, ist auch die Größe des möglichen Platzes offen. Auch existiert auf der Brache bisher weder ein Strom-, Wasser- oder Kanalisationsanschluss. Die ohne vorherige Einigung ausgesprochene Kündigung für das Gelände am Stau belegt einmal mehr, was die von ökonomischen Interessen geleiteten Stadtoberen unter einem Dialog mit den Betroffenen verstehen. „Pistole auf die Brust setzen", nennt mensch das wohl – dafür hätte es aber nun wirklich keinen pseudodemokratischen „Runden Tisch" gebraucht.

[regentied]

Abtreibungsverbot tötet
Irland Mit dem Hinweis „Das ist ein katholisches Land" verweigerten Ärzte einer Schwangeren eine Abtreibung, obwohl bereits eine Fehlgeburt eingesetzt hatte. Erst als das Herz des Embryos nicht mehr schlug führten sie den Eingriff durch, allerdings zu spät, die

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Frau starb eine Woche später an einer Blutvergiftung. „Sie hatten es in der Hand, aber sie ließen sie sterben“, sagte ihr Mann. „Warum lässt man eine junge Frau sterben, nur um ein Baby zu retten, das ohnehin nicht überleben würde? Es ist schwer zu verstehen, dass so etwas im 21. Jahrhundert geschehen kann.“ In Irland sind Abtreibungen gesetzlich verboten und können mit einer lebenslangen Haftstrafe geahndet werden. Laut höchstrichterlichen Entscheidungen können allerdings Schwangerschaftsabbrüche bei Gefahr für das Leben der Mutter oder bei der Gefahr, die schwangere Frau könnte Selbstmord begehen, zulässig sein. Britische Gesundheitsbehörden gehen davon aus, dass jedes Jahr zwischen 4 000 und 5 000 Frauen aus Irland nach Großbritannien reisen, um dort eine Abtreibung vornehmen lassen zu können.

Asyl-Diskussion an der Uni gesprengt

Bremen Zum 20-jährigen Jubiläum des sogenannten „Asylkompromisses“ wollte das Institut für Politikwissenschaften der Uni Bremen eine Podiumsdiskussion veranstalten. Geladen waren Politiker_innen wie Günther Beckstein (CDU) und Dieter Wiefelspitz (SPD) als beteiligte Personen an der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, sowie Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) und Konrad Weiß (Grüne) als damals nicht Zustimmende.

Die Veranstaltung konnte durch rund 100 Menschen, die dem Aufruf „20 Jahre Abschaffung des Asylrechts: Rassistischer Rechtfertigung kein Forum bieten!“ folgten abgebrochen werden.

Beckstein und die Anderen wurden mit Transpis und lautstarkem Protest empfangen. Es wurden auf diversen Gegenständen getrommelt, Luftballons platzten, permanent schallten Parolen und ein Pfeifkonzert begleiteten die ersten Redeversuche. Nach zehn Minuten erklärten die Veranstalter_innen die Podiumsdiskussion genervt für beendet, doch Beckstein blieb lieber weiter auf der Bühne sitzen. Es flogen immer wieder Dinge auf die Bühne, ein Ei traf ihn fast und Publikum war auch kaum noch da. Nach einer lauten Stunden drängten die Protestierenden immer weiter zur Bühne vor, sodass die Veranstaltung schließlich in einen anderen Raum verlegt wurde, wo sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit ihr endgültiges Ende fand. Am Rande der Veranstaltung konnte noch eine der drei BFE Wannen tiefergelegt werden.

Bargeld statt Gutscheine – gegen rassistische Sondergesetze

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Hannover Ca. 300 Teilnehmer_innen forderten am 1. Dezember, im Vorfeld der niedersächsischen Landtagswahl, die Abschaffung der diskriminierenden Gutscheine, die geflüchtete Menschen bekommen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die längst die Sozialhilfe an Flüchtlinge bar auszahlen, hält die jetzige konservative Landesregierung an ihrer repressiven Politik der rassistischen Ausgrenzung fest. Zu der Demonstration hat ein Bündnis von Umtauschinitiativen aus Niedersachsen aufgerufen, in dem Flüchtlinge und Unterstützer_innen vernetzt sind.

Weiterhin forderten die Teilnehmer_innen mit lautstarker Unterstützung einer Sambaband die Abschaffung sämtlicher rassistischer Sondergesetze. Zahlreiche bunte Luftballons mit Anhängern „Alle bleiben!“ mobilisierten zu den bevorstehende Aktionen während der Innenministerkonferenz in der ersten Dezemberwoche, zu denen Roma-Organisationen aufriefen.

[gutscheinbuendnis-ol@riseup.net]

Demos gegen „Homo-Ehe“

Frankreich Am 17. und 18. August ist es in Frankreich in verschiedenen Städten zu Demonstrationen gegen den vom französischen Kabinett vorgebrachten Gesetzesentwurf zur Gleichstellung der „Homo-Ehe“ und dem Adoptionsrecht für schwule und lesbische Paare gekommen. Alleine in Paris zogen 70 000 Menschen durch die Straßen. Frankreichweit nahmen etwa 100 000 Menschen an den Demonstrationen teil. Organisiert wurden die Demonstrationen von der rechten katholischen Organisation Civitas. Neben Katholiken nahmen sowohl Menschen aus dem bürgerlichen rechten Milieu als auch rechtsextreme Gruppen teil. Gegenprotest wurde an diesem Tag nicht geduldet. So kam es in verschiedenen Städten zu Angriffen der Polizei auf Gegendemonstrant_innen. Doch nicht nur die Polizei war an Angriffen auf Gegendemonstarnt_innen beteildigt – in Paris wurden ukrainische Feminist_innen der Gruppe Femen von einer Grupper homophober Demonstranten angegriffen und verprügelt. Auch drei Wochen danach ist es erneut Frankreichweit zu homophoben Demonstrationen gekommen. Dabei hat sich die Teilnehmer_innenzahl jedoch deutlich verkleinert, die Veranstalter_innen sprachen von 35 000 beteildigten.

10 000 kurdische Gefangene im Hungerstreik

Kurdistan/Türkei Am 12. September 2012 traten ca. 60 politische Gefangene in den Hungerstreik. In den darauf folgenden Wochen wuchs ihre Zahl auf ungefähr 10 000. Ihre Forderungen waren unter anderem die Aufhebung der Isolationsbedingungen von Abdullah Öcalan sowie die Aufhebung aller staatlichen Barrieren gegenüber der kurdischen Sprache. Nach 67 Tagen wurde der Hungerstreik am 18. November beendet.

Mehr Informationen gibt’s z.B. bei der Informationstelle Kurdistan e.V.: www.isku.org

Proteste gegen MOX-Transporte

Nordenham/Grohnde Am 18. November kam der zweite Moxtransport aus Workington (UK) auf der „Atlantic Osprey“ in Nordenham an. In der Wesermündung wartete schon ein Schiff von Greenpeace, um die Moxtransporte in Empfang zu nehmen. Die Zufahrtsstraße zum Hafen wurde durch eine Sitzblockade und einem Dreibein von Robin Wood versperrt, Aktivist_innen von Greenpeace besetzten zeitgleich das Anlegergerüst. Nachdem die Blockaden von Greenpeace und Robin Wood teils gewaltsam geräumt wurden, verließen um kurz nach 17 Uhr die MOX-LKW das Schiff und flüchteten an der eigentlichen Sitzblockade vorbei über das Airbuswerk in Nordenham in südwestliche Richtung. Von dort bewegte sich der Transport Richtung Grohnde. Am AKW Grohnde fand bereits seit Freitagabend eine Mahnwache statt, die am Samstag Unterstützung von Treckern aus dem Wendland und der Region Göttingen bekam. Immer wieder blockierten klei-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

nere Gruppen von Menschen und Treckern die Zufahrtsstraßen und konnten nur mühevoll geräumt werden. Um 23:39 Uhr erreichte der erste LKW unter massivem Polizeischutz das AKW-Gelände. Kurz bevor der zweite LKW das Gelände erreichte, gelang es einem Aktivisten, sich unter dem Fahrzeug anzuketten. Nachdem ein technisches Team der Polizei die Person losgeschnitten hatte, erreichte der zweite MOX-LKW um kurz nach Mitternacht ebenfalls sein Ziel.

Flüchtlingsproteste in Berlin

Berlin Am 8. Dezember haben zwei Gruppen mit verschiedenen politischen Forderungen gemeinsam und in Solidarität miteinander eine leerstehende Schule in Berlin/Kreuzberg besetzt. Refugees und Supporters forderten eine Winterunterkunft um ihren politischen Kampf mit voller Kraft fortsetzten zu können. Die zweite selbstorganisierte Gruppe hatte ein kleines Gebäude auf dem gleichen Schulgelände besetzt, um dort ein soziales selbstverwaltetes Zentrum zu errichten. Nach kurzen Verhandlungen mit Bezirksbürgermeister Schulz wurde eine dreitägige Duldung der Inbesitznahme der beiden Gebäude ausgesprochen die mittlerweile bis Ende März verlängert wurde. Verhandlungen unter Einbeziehung der Refugees sollen ab Januar stattfinden.

Im Zuge der Besetzung wurden die Proteste vor dem Brandenburger Tor am 9. Dezember ausgesetzt. Die Option einer Rückkehr halten sich die Protestierenden ausdrücklich offen.

Am Brandenburger Tor war es während des Protests zu massiven Schikanen und polizeilicher Gewalt gekommen. So wurden Hungerstreikenden und solidarischen Menschen Zelte, Decken, etc. abgenommen und sie wurden am sitzen, liegen und schlafen gehindert. Es kam immer wieder zu Festnahmen und Verletzungen durch die Polizei. Ein zwischenzeitlich vorhandener „Wärmebus“ wurde nach einigen Tagen von der Polizei brutal beschlagnahmt, mehrere Menschen wurden dabei verletzt, der Bus beschädigt. Während der gesamten Zeit versuchte die Polizei immer neue Gründe zu finden um die Protestierenden schikanieren zu können. So beanstandete die Polizei z.B. zeitweise „übermäßige Kleidung“, die “der Bequemlichkeit der Versammlungsteilnehmer_innen” dienen könne.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

NPD-Wahlkampf steht vor der Tür

NPD-„Deutschlandfahrt“ in Oldenburg – Geringe Beteiligung der lokalen Neonaziszene

Der Wahlkampf zur Landtagswahl 2013 naht und obwohl der Landesverband der NPD- Niedersachsen tief zerstritten und organisatorisch am Boden ist, ist auch in diesem Jahr wieder mit einem aktiven Wahlkampf der Oldenburger NPD zu rechnen. Im folgenden Artikel möchten wir einen Überblick über die momentan aktiven Neonazistrukturen und ihre Aktivitäten geben. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf der politisch agierenden neofaschistischen Szene, mit der wir im Wahlkampf rechnen.

Schön ist das nicht: Die NPD Oldenburg

Die NPD-Oldenburg fällt vor allem durch Propagandaaktionen auf. Regelmäßig versucht sie, durch hastig auf- und abgebaute Informationsstände öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Dabei bleiben die Neonazis meist nur wenige Minuten an einem Ort, ehe sie den Stand schnell abbauen und per Auto den nächsten Supermarktparkplatz oder Straßenrand anfahren. Ansonsten beschränkt sich der lokale Unterbezirk auf die Pflege seiner Internetpräsenz, interne Ausflüge und Feiern sowie die Durchführung der monatlich stattfindenden internen Stammtische, die bei Ulrich Eigenfeld in der Tannenstraße abgehalten werden.

Hier werden Aktionen geplant und der Stand der Dinge besprochen. Sporadisch werden auch Referent innen aus anderen Regionen eingeladen, zuletzt war beispielsweise die NPD-Aktivistin Ricarda Riefling in Oldenburg zu Gast.

Im Juli 2012 machte die NPD mit ihrer „Deutschlandfahrt“ Station in Oldenburg. Diese vom Bundesvorstand organisierte Veranstaltung hatte zum Konzept, dass Neonazis mit einem beschrifteten LKW, dem sogenannten „Flaggschiff‘ durch die Gegend fahren und täglich mindestens zwei Kleinstkundgebungen in verschiedenen Städten abhalten. In Oldenburg fanden sich schließlich 11 Neonazis auf dem Julius Mosen-Platz ein, um in der rund einstündigen Veranstaltung verkürzte Kapitalismuskritik, Rassismus und Antisemitismus zu propagieren. Die Unterstützung aus der lokalen Neonaziszene fiel äußerst überschaubar aus: Neben Ulrich Eigenfeld, der als Redner auftrat, nahmen ganze zwei Neonazis aus Oldenburg-Kreyenbrück und Hude an der Kundgebung teil. Eine Handvoll wahrscheinlicher NPD-Sympathisant innen beobachtete das Treiben aus der Distanz.

Große mediale Aufmerksamkeit erlangte ein Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof in Oldenburg-Osternburg, der vermutlich von Oldenburger NPD-Mitgliedern begangen wurde. Bei später durchgeführten Hausdurchsuchungen wurde die Polizei in 6 Wohnungen bei 5 Neonazis vorstellig. 4 dieser 5 Beschuldigten sind NPD-Mitglieder. Bei den Durchsuchungen, die in den Landkreisen Oldenburg, Ammerland und

Oldenburg-Stadt stattfanden, wurden unter anderem Sturmhauben, Teleskopschlagstöcke, Pfefferspray und Messer gefunden.

Darüber hinaus waren auch Mitglieder des NPD-Unterbezirks Oldenburg an einem gewalttätigen Übergriff auf einen Passanten in der Kaiserstraße beteiligt.

Auch in Nordenham (Landkreis Wesermarsch) machte die lokale Neonaziszene nicht nur durch Infostände auf sich aufmerksam. Im März 2012 wurde öffentlich, dass ein Kirchenmusiker sexuellen Missbrauch an Kindern begangen hat. Daraufhin machte sich eine Gruppe von Neonazis aus Oldenburg und Umgebung auf den Weg zum Haus des Täters, zerstörte Außeneinrichtungsgegenstände und versuchte, in das Haus einzudringen. Begleitet wurde diese Aktion von äußerst blutrünstigen Grafiken, die die Neonazis in die Internetplattform Facebook einstellten. Mit Sturmhaube vermummt und mit Axt posiert beispielsweise ein Neonazi aus Hude mit dem abgetrennten Kopf des Sexualstraftäters. Angestiftet wurde die Gruppe, die teilweise aus NPD-Mitgliedern besteht, vom NPD-Unterbezirk Oldenburg, der auf seinem Facebookprofil mehrmals die Todesstrafe für Sexualstraftäter forderte.

Protagonist_innen

Der NPD-Unterbezirk Oldenburg wird derzeit von Ulrich Eigenfeld geführt. Der 65jährige ist bereits seit 33 Jahren Mitglied der NPD und übte hauptamtlich diverse Posten auf Bundesebene aus. Zuvor war er bei der deutschen Bahn angestellt, die ihn 1986 wegen einer Kandidatur für die NPD entließ. Zuletzt verlor er wegen interner Streitigkeiten seine Posten als Bundesschatzmeister und als Vorsitzender des Landesverbandes der NPD-Niedersachsen. Nun kann sich der bemüht bieder und bürgernah auftretende Eigenfeld voll auf seine kommunalpolitische Arbeit im Oldenburger Stadtrat konzentrieren.

Eigenfelds Stellvertreter im Unterbezirk ist der vorherige Vorsitzende: Eckhard Aden aus dem Oldenburger Stadtteil Ofenerdiek. Aden engagiert sich seit vielen Jahren in der NPD, organisiert Aktionen und ist nahezu an allen öffentlichen Auftritten der Partei in Oldenburg beteiligt. Ambitionen, sich auf höherer Ebene in die NPD einzubringen, hegte Eckhard Aden jedoch nie.

In der Öffentlichkeit eher zurückhaltend gibt sich Stephan Möller aus Metjendorf (Wiefelstede, Landkreis Ammerland). Er beteiligt sich kaum an öffentlichen Aktionen, unterstützt keine Infostände, Aufmärsche oder Aktionen. Ihm ist es wichtig, öffentlich nicht als NPD-Aktivist wahrgenommen zu werden. Dennoch ist er als aktiver Wahlkampfhelfer, Delegierter auf Parteitagen und Schatzmeister ein wichtiger Teil des Unterbezirks.

Seit 2006 ist Daniel Gawenda aus Osternburg aktives Mitglied der lokalen NPD. Der heute 22jährige versuchte sich be-

Ulrich Eigenfeld, Waldemar Heitkamp, Wilhelm Sudmann und Stephan Möller

reits in der Organisierung einer Gruppierung namens „Nationale Jugend Oldenburg“ und eines NPD-„Ortsbereichs“ in Oldenburg.

Auch altgediente Kader finden sich in den Reihen der Oldenburger Nazipartei wieder. Bernd und Bärbel Neumann blicken auf eine langjährige Karriere innerhalb der NPD zurück. Jahrelang war das Anwesen der Neumanns in Osternburg Schauplatz von Sommer- und Grillfesten der lokalen Neonaziszene.

Michael Meyer war bereits Vorsitzender des Unterbezirks und ist jahrelanger Aktivist für die NPD. Bekanntheit erlangte er, als er im Jahre 2006 Antifaschist innen am Rande eines NPD-Infostandes mit einer zwei Meter langen Holzlatte attackieren wollte.

Mit Wilhelm Sudmann engagiert sich außerdem ein langjähriges NPD-Mitglied aus Ehrenburg (Landkreis Diepholz) in dem Oldenburger Unterbezirk. Sudmann ist seit Jahrzehnten Funktionär in der neonazistischen NPD. Im Februar 2010 stellte er sein Grundstück für eine Gründungsfeier des JN-Stützpunktes Osnabrück/Osnabrücker Land zur Verfügung. Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), offiziell Jugendorganisation der NPD, verstehen sich als elitäre Kaderorganisation mit straffer nationalsozialistischer Ausrichtung.

Schwerpunkt Hude

In Hude, ca. 25km von Oldenburg entfernt, kommt es regelmäßig zu Sprühereinen mit neonazistischem Inhalt, ebenso tauchen dort oft Plakate und Aufkleber mit rassistischen Botschaften auf. Dies passiert natürlich nicht zufällig. In Hude wohnen die treibenden Kräfte der lokalen aktionsorientierten Neonaziszene, die sich die Optik und die Aktionsformen der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ aneignet.

Trotzdem sind die drei Huder Nazis regelmäßig bei NPD-Veranstaltungen zu sehen und sind aktiver Teil des Unterbezirks.

Die Huder Robin Sudbrink und Erik Bruhn, die zu den aktivsten Neonazis in der Region gezählt werden können, orientierten sich zu Beginn ihrer nationalsozialistischen Laufbahn zunächst in Richtung Wilhelmshaven und schlossen sich der militanten „Anti Antifa Aktionsgruppe“ um den Brandstifter Christian Schneeweiß an. Dieser wurde inhaftiert, nachdem er einen Brandanschlag auf eine Moschee in Sittensen (Kreis Rotenburg/Wümme) verübte. Die“Anti-Antifa-Aktionsgruppe“ Wilhelmshaven versuchte, durch massive Einschüchterung und körperliche Gewalt Zonen der Angst für alle zu errichten, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen. Nachdem Christian Schneeweiß nach mehreren Suizidversuchen, bei denen er teilweise mit einer Waffe drohte, in psychiatrische Behandlung eingewiesen wurde, schlossen sich Robin Sudbrink und Erik Bruhn den Oldenburger Nazi strukturen an.

Erik Bruhn und Robin Sudbrink sind bei nahezu allen Aktionen der Oldenburger

Kevin Sinzingr und Robin Sudbrink

Naziszene anzutreffen. Hierbei unterstützen sie hauptsächlich die NPD. Dies führt unter anderem dazu, dass Erik Bruhn auch schon mal für einene Propagandafotos den interessierten Passanten am NPD- Infostand spielt. Bruhn und Sudbrink beteiligen sich auch regelmäßig an überregionalen Aktionen der Neonaziszene, vor allem, wenn ein hohes Maß an Militanz und Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner erwartet werden, so z.B. beim Aufmarsch „Tag der deutschen Zukunft“ im Juni 2012 in Hamburg, bei dem sich die Oldenburger Neonazis militant gebärdeten.

...in Aktion

Ebenfalls aus Hude stammt Lyzian Bankmann. Der junge Neonazi organisierte sich bereits im Jahr 2009 bei den Delmenhorster „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die in Delmenhorst besonders durch den Schulterschluss mit den militanten „autonomen Nationalisten“ auffiel. Bankmann gilt als impulsiv und waffen-affin. Er war es auch, der die blutrünstigen Fotos mit den Mordfantasien an dem Sexualstraftäter aus Nordenham erstellte und veröffentlichte. Im Internet kursieren mehrere Fotos, auf denen Bankmann vermummt mit Waffen posiert.

Nordenham und Brake

In der Kleinstadt Nordenham (Kreis Wesermarsch) hat sich ebenfalls ein kleiner Kreis von NPD- Unterstützerinnen zusammengefunden. So war beispielsweise der Braker Neonazi Kevin Sinzingr, der ursprünglich aus Nordenham kommt, an den gewaltsamen Aktionen gegen den Sexual straftäter beteiligt. Zusammen mit Luisa Hoffmann und weiteren Neonazis aus der Wesermarsch unterstützt er den NPD-Unterbezirk Oldenburg.

Die Rolle der deutschen Bahn

Auffällig ist der kritiklose Umgang der deutschen Bahn mit der aktiven Oldenburger Neonaziszene. So nutzt die NPD bereits seit mehreren Monaten Mietfahrzeuge der DB für ihre Infostände. Außerdem ist der militante Neonazi Lyzian Bankmann als DB-Security am Oldenburger Bahnhof beschäftigt. Angesichts der waffen-affinen und aggresiven Haltung des Huders erscheint es zumindest bedenklich, ihn mit der securitytypischen Aussatttung (Pfefferspray, Schlagstock) auszustatten.

Inhalte

Inhaltlich wird der NPD-Wahlkampf wahrscheinlich an die aktuellen Kampagnen der NPD- Bundespartei anknüpfen. Derzeit wird vor allem eine Kampage gegen den Euro und die EU gefahren. Dem „wurzellosen Kapitalismus“ innerhalb der EU wird dabei ein nationaler Protektionismus entgegengebracht. Ein wirtschaftlich abgeschotteter, totalitärer Nationalstaat mit regionaler Wirtschaft wird hier „dem Kapitalismus“ entgegengestellt. Ein Ansatz, der den Kapitalismus im Kern weder versteht noch abschaffen möchte. Weder Eigentumsverhältnisse, noch Produktionsbedingungen werden thematisiert. Es geht der NPD lediglich um

Eckhard Aden und Ulrich Eigenfeld

Robin Sudbrink und Erik Bruhn

eine nationale Marktwirtschaft. Fundierte Kapitalismuskritik wird seitens der Neonazis nicht betrieben. Vielmehr ist die vermeintliche Kritik am Kapitalismus ein Mittel, um durch verkürzte, personalisierte Schuldzuweisungen an das Jüdische Kapital an der amerikanischen Ostküste“ Antisemitismus zu propagieren.

In der Anti-Euro-Kampagne tat sich die NPD in Oldenburg bereits hervor, indem sie mit Eselsmaske und einem Plakat (siehe Bild) Flyer verteilte. Eine Aktionsform, die bereits in den Siebziger-Jahren von Neonazis genutzt wurde, um die Shoah, den millionenfachen Massenmord an mehr als 6 Millionen Jüd innen, zu leugnen.

Darüber hinaus wird die NPD, wie sollte es anders sein, auf Rassismus als Wahlkampfthema setzen. Im September veröffentlichte die Oldenburger Nazipartei auf ihren Internetauftritten Fotos von Orten vermeintlicher „Überfremdung“, unter anderem Bilder von türkischen Supermärkten, einer Moschee und der interkulturellen Beratungsstelle IBIS. Auch das Zentrum der yezidischen Gemeinde machte die Oldenburger NPD als Ort der „Islamisierung“ aus. Dumm nur, dass die yezidische Religion keine islamische Religion ist. Folglich bemerkte die Yezidische Jugend in ihrem Statement trocken: „Als Yeziden können wir keinen Beitrag zur Islamisierung leisten „. Obwohl dieser Irrtum der NPD als peinlich eingeschätzt werden darf, ist die Gefahr solcher Veröffentlichungen nicht von der Hand zu weisen. Mehrmals kam es am Gebäude der yezidischen Gemeinde zu Schmierereien mit rassistischen und neonazistischen Inhalten. Die Bilderserie, die die NPD nun veröffentlichte, könnte faktisch als Liste potentieller Anschlagsziele dienen.

Ausblick

Es ist trotz des desolaten Zustands des NPD-Landesverbandes mit einem aktiven Wahlkampf der NPD-Oldenburg zu rechnen. Neben dem Oldenburger Stadtgebiet hat die neofaschistische Partei angekündigt, auch in Nordenham aktiv zu werden. Es ist mit Plakaten, Postwurfsendungen und vielen Infoständen zu rechnen. Es ist an uns allen, den Wahlkampf der NPD zu stören, zu sabotieren und zu verhindern.

antifa.elf

antifaelf.blogsport.de

Lyzian Bankmann (oben)
Daniel Gawenda (unten)

Luisa Hoffmann und Erik Bruhn

Leugner

Die Existenz und die Gefahr von rechtem Terror wurden in der Bundesrepublik fast immer geleugnet. Trotz Anschlägen mit Verletzten und Toten, Hinweisen auf Planungen sowie Waffen- und Sprengstofffunden wollten Innenminister und Sicherheitsbehörden keine Bedrohung erkennen. StichwortgeberInnen sind »Extremismus-ExpertInnen« aus Geheimdiensten und Forschung.

»Hinweise auf rechtsterroristische Aktivitäten liegen derzeit nicht vor«, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 24. Juli 2011 im Interview mit der »Welt am Sonntag«. Zuvor hatte in Norwegen der rechte Massenmörder Anders Behring Breivik 77 Menschen getötet. In Deutschland wiegelte man routiniert ab. Rechten Terror gebe es hier nicht, höchstens unvorhersehbare Taten verrückter Einzeltäter. Doch keine vier Monate später war alles anders. Das Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im November 2011 zeigte, dass die jahrelange Verharmlosung und Leugnung einer organisierten, tödlichen Gefahr von Rechts falsch war. Mindestens eine organisierte rechte Terrorstruktur hatte seit Ende der 1990er Jahre unerkannt gemordet, gesprengt und geraubt. Ihre klandestine Strategie eines bewaffneten »Rassenkrieges« aus dem Untergrund, ohne sich zu den Taten zu bekennen, war aus einschlägigen Schriften und den Taten ähnlicher Gruppen aus Großbritannien, den USA und Nordeuropa bekannt. Doch selbst das Auffliegen des NSU hat nicht zu einem Umdenken geführt. Mitte Oktober 2012 verkündete Friedrich, es gebe nach dem NSU keine Gefahr mehr: »Nachahmer, die wahllos Leute erschießen und davon nichts verlautbaren, erwarte ich nicht.«

Fehleinschätzungen

Auch wenn es aus Sicherheitskreisen vereinzelt Warnungen vor einer »Braunen RAF« gegeben hatte, war der rote Faden des staatlichen Agie- rens gegenüber der Gefahr rechten Terrors ein anderer: entwarnen, verharmlosen und leugnen. Erst jüngst räumte der frühere Thüringer Innenminister Richard Dewes (SPD) im NSU-Untersuchungsausschuss ein: »Wir sind in unserer Bewertung nicht davon ausgegangen, dass rechter Terrorismus real droht.«

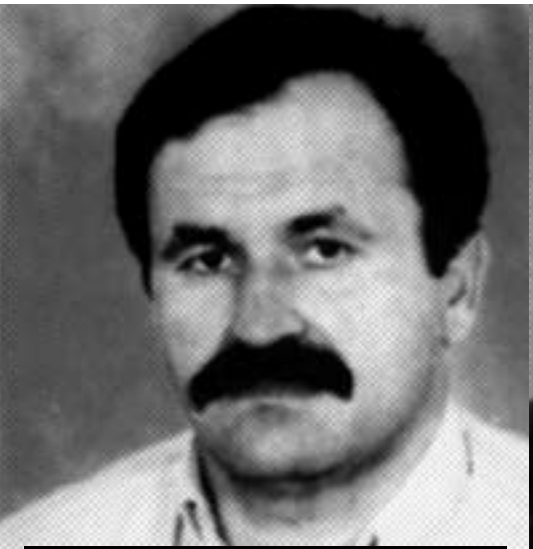
Auch der Verfassungsschutz gab – mit wenigen Ausnahmen – immer Entwarnung. So hieß es beispielsweise im Bericht des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) 2007, also in dem Jahr, als der NSU seinen letzten Mord beging: »Rechtsterroristische Strukturen waren auch 2007 in Deutschland nicht feststellbar, ebenso wenig wie eine Theoriediskussion, die zu einer systematischen Gewaltanwendung aufgefordert hätte.« Standardsätze wie dieser fanden sich jährlich auch in den Berichten der Länder.

Kein Rechtsterrorismus

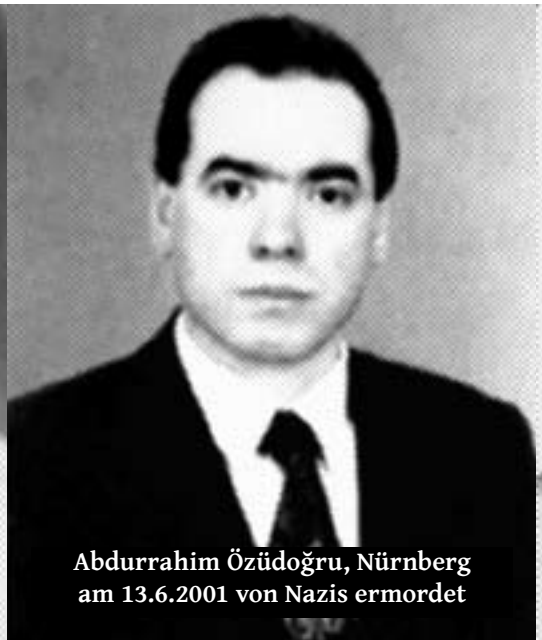
Etwas detaillierter als die öffentlichen Jahresberichte sind interne Dokumente des BfV, die nun an die Öffentlichkeit gelangten. So werden in der Studie »Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten – Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004« detailliert geplante und durchgeführte Anschläge, Morde und Raubüberfälle, die Gründungen von terroristischen Gruppen, Waffenfunde und Wehrsportübungen sowie Debatten um den Gang in den Untergrund aufgelistet. Selbst das Abtauchen der späteren NSU-Mitglieder wird erwähnt. Doch das Fazit ist aus heutiger Sicht erschreckend: »Insgesamt sind derzeit in Deutschland [...] keine rechtsterroristischen Strukturen erkennbar.«

Legitimations-Wissenschaft

Die wissenschaftliche Legitimation für diese Fehleinschätzungen liefert die Extremismus- und Sicherheitsfor-



Enver Şimşek, Nürnberg am 9.9.2000 von Nazis ermordet



Abdurrahim Özüdoğru, Nürnberg am 13.6.2001 von Nazis ermordet

Süleyman Taşköprü, Hamburg am 27.6.2001 von Nazis ermordet

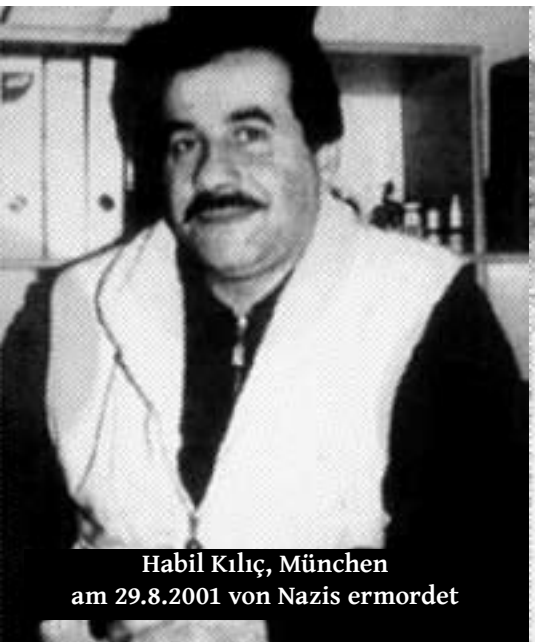
schung. An der Schnittstelle zwischen Geheimdiensten, Polizei, Wissenschaft und Politik ist ein selbstreferentielles System entstanden. Die handverlesenen AutorInnen und WissenschaftlerInnen verwenden gern die Daten und Einschätzungen der Sicherheitsbehörden als Grundlagen für ihre Arbeiten. Ihre Erkenntnisse werden dann durch Vorträge, Publikationen und Gutachten wieder in die Sicherheitsbehörden zurück gespielt – man zitiert sich am liebsten gegenseitig.

Einer von ihnen ist der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse (Technische Universität Chemnitz). »Feste rechtsterroristische Strukturen fehlen«, schrieb der wohl bekannteste Vertreter der unhaltbaren Extremismus-Theorie Anfang 2011 in seinem Aufsatz »Extremismus in Deutschland«, der im Band »Extremismus in den EU-Staaten« erschien. Mit dem Auffliegen des NSU einige Monate später war klar, dass Jesse vollkommen falsch lag. Seit Jahren wiederholt er die Auffassung, es gebe keine relevante Gefahr durch rechten Terror. 1993 skizzierte er gemeinsam mit seinem Kollegen Uwe Backes in dem Buch »Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland« zwar ausführlich »schwere Gewaltakte mit rechtsextremen Hintergrund«, doch sie kommen zu dem erstaunlichen Ergebnis, die »rechtsterroristischen Aktivitäten blieben hinter denen links deutlich zurück«. Rechte Gewalt sei eigentlich nur das Ergebnis von spontanen Taten unter Alkoholeinfluss, ihnen liege zumeist »keine langfristige Planung zugrunde«, so Jesse 2005 in einem Papier der »Konrad Adenauer-Stiftung«. Nach dem Auffliegen des NSU gab sich Jesse überrascht: Es sei in der Naziszene »eine absolute Ausnahme, dass eine Gruppe sich zusammenfindet und dann geplante Aktivitäten begeht«. Und um Kritik an seinen Fehleinschätzungen vorzubauen, sagte er Ende November 2011: »Keiner von uns hatte sich vorstellen können, dass eine kleine Gruppe es wirklich fertig bringt, in derartiger Abschottung derartig schlimme Gewalttaten zu vollbringen. Jetzt so zu tun, als wäre das Geschehene irgendwie absehbar gewesen, wäre unehrlich.« Dass Jesse keine Gefahr von rechts erkennt, wundert nicht, sieht er doch die Gesellschaft vor allem von links bedroht.

Ein anderer Spezialist aus diesem Zitierkartell ist Armin Pfahl-Traughber. Auch er leugnete die Bedrohung von rechts und rückte warnende Stimmen in die Nähe von Verschwörungstheorien. Nach Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referatsleiter der »Abteilung Rechtsextremismus« im BfV ist er heute Professor an der »Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung« im »Fachbereich Öffentliche Sicherheit«, wo künftige Mitarbeiter des BfV geschult werden. Im Jahr 2000 – da verübte der NSU seinen ersten Mord – beschreibt Pfahl-Traughber in einem Aufsatz in dem Buch »Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz«, verlegt von der »Bundeszentrale für politische Bildung« (BpB), die Existenz organisierten Rechtsterrorismus in den 1970er und 80er Jahren. Auch in den 1990er Jahren gebe es Waffenfunde, Wehrsport und Debatten in einschlägigen Publikationen der Naziszene. »Allerdings folgte derart bedrohlichen Erklärungen nicht der Aufbau terroristischer Strukturen.« Es fehle »an einer Verknüpfung von Absichten, Logistik, Sachmitteln, Personen, Strukturen, Unterstützung und Zielsetzung. Es gibt bislang auch keine konkreten Hinweise auf geplante Attentate oder exakte Handlungskonzepte für die direkte Umsetzung. Außerdem mangelt es an einer genügend stark entwickelten Sympathisanten-Szene, die eine wichtige Voraussetzung für das Operieren im Untergrund wäre«, glaubt Pfahl-Traughber fälschlicherweise. Er resümiert: »Entwickelte handlungsfähige Terrorgruppen bestehen allerdings bislang nicht.«

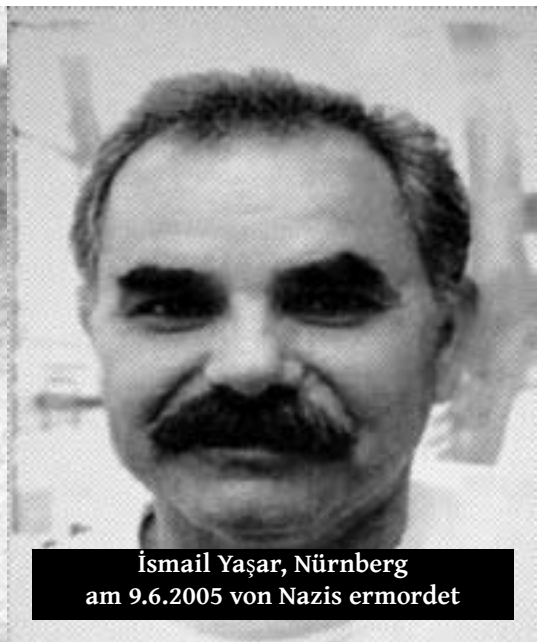
Verteidiger der Dienste

Heute versucht der Professor und Autor beim »Humanistischen Pressedienst« sowie dem Webportal »Endstation Rechts« einerseits durch die Beschäftigung mit Phänomenen wie dem »Führerlosen Widerstand« oder »Combat 18« wissenschaftliche Versäumnisse nachzuholen und andererseits Kritik am Geheimdienst abzukanzeln. So wirft Pfahl-Traughber den Autoren des Buchs »Nach dem Verfassungsschutz«, Claus Leggewie und Horst Meier, die eine Abschaffung des Geheimdienstes fordern, vor, undifferenziert zu argumentieren.



Habil Kılıç, München am 29.8.2001 von Nazis ermordet

Mehmet Turgut, Rostock am 25.2.2004 von Nazis ermordet



İsmail Yaşar, Nürnberg am 9.6.2005 von Nazis ermordet

Und in dem Band »Das braune Netz« von Markus Bernhardt zum NSU würden sich »verschwörungsideologische« Vorstellungen finden. Auch das Buch zum NSU »Die Zelle« von Christian Fuchs und John Goetz kommt bei ihm nicht gut weg. Insgesamt würden in den Medien »Zerrbilder« gezeichnet und »oberflächliche Recherchen und unbelegte Spekulationen« veröffentlicht, klagt der frühere Geheimdienstler. Er selbst hat in seinem Artikel »Der Rechtsterrorismus im Verborgenen«, veröffentlicht bei der BpB, nichts Substanzielles zur Erklärung des NSU-Skandals beizutragen – trotz oder gerade wegen seiner intimen Kenntnisse der Spitzelbehörden in jenen Jahren.

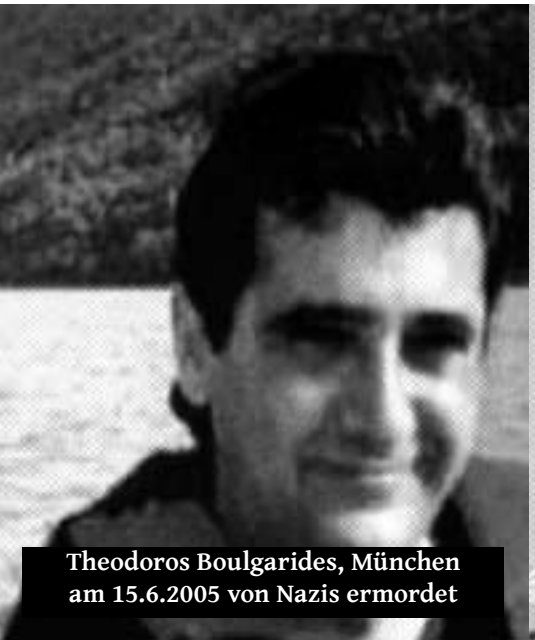
Fachzeitschriften

Pfahl-Traughber ist Herausgeber der »Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung« beziehungsweise des »Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung« der »Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung«. Dort widmete man sich in den letzten Jahren solch brennenden Fragen wie »Was wurde aus der DKP?« Das Thema rechter Terror kam bei den wissenschaftlichen VordenkerInnen der Dienste höchstens am Rande vor, wenn es um Terrorismus allgemein ging. Einzelne Untersuchungen zu rechtem Terror fehlen. Erst nach dem Auffliegen des NSU widmet man sich nun in dem Jahrbuch mit zwei Artikeln von Pfahl-Traughber und von dem Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der »Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW« Jonas Grutzpalk dem Thema – eingestreut zwischen Aufsätzen zu Salafisten und transnationalem Terrorismus. Besonders perfide: Pfahl-Traughber verweist zwar eingangs darauf, dass vom BfV rechter Terror nie gesehen wurde. Doch um vom eigenen Versagen des hochgerüsteten Überwachungsapparates abzulenken, bedient er sich unfreiwilliger Kronzeugen und behauptet: »Diese Auffassung teilten auch Antifa-Gruppen und Medien, Politik und Wissenschaft.« Doch die Warnungen von AntifaschistInnen vor rechtem Terror hatte er immer verworfen. Im »Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2006/2007« kritisiert er Warnungen der Antifa als »Überzeichnung der Bedeutung des Gefahrenpotentials«. Auch in dem von Backes und Jesse gegründeten und staatlich subventionierten »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« spielt das Thema keine Rolle. Nur ein Aufsatz aus dem Jahr 1993 widmet sich ausdrücklich der Frage des rechten Terrors. Damals warnte Bernd Wagner vor »Terroristischen Tendenzen im Rechtsextremismus«.

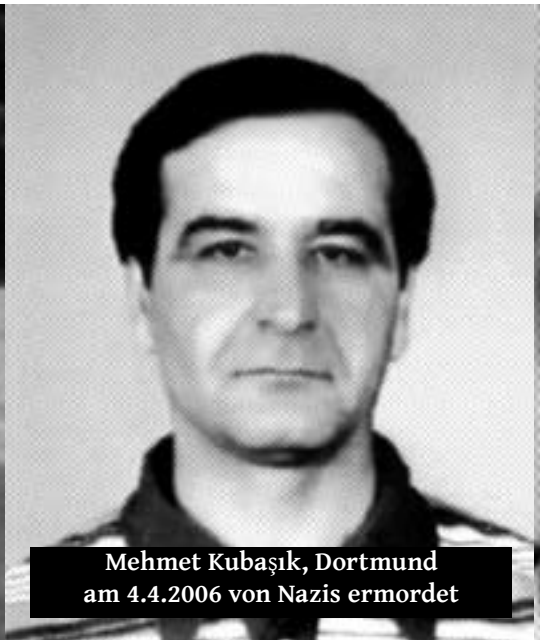
Versagen?

Der Verfassungsschutz wurde gegründet, als die vermeintlich größte Bedrohung für den Staat von links ausging. Aufgebaut wurde er von erfahrenen Geheimdienstlern aus dem NS. Im Mittelpunkt der geheimdienstlichen Beobachtung stehen nicht jene, die die EinwohnerInnen des Landes bedrohen und ihnen nach dem Leben trachten. Im Mittelpunkt steht der Schutz des Staates und seiner Ordnung. Bevor Pfahl-Traughber beim BfV anheuerte, sah er die Welt noch anders. 1993 schrieb er, die »Herausbildung eines rechtsextremen Terrorismus« zeichne sich in der Bundesrepublik »in aller Deutlichkeit ab«. Damals galt ihm die steigende Zahl rassistischer Gewalttaten als Beleg. Doch 2007 leistete er Abbitte. Er müsse »eine Korrektur zu einer früheren Verwendung des Terrorismusbegriffs gegenüber fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten vornehmen«. Tödliche rassistische Gewalt sei kein Terror. Terror richte sich, so Pfahl-Traughber, »gegen ein politisches System«. Zum Kern des Terrorismus, so wie ihn die Geheimdienste sehen, gehört das ausdrückliche Ziel der »gewaltsamen Systemüberwindung«. Der Prototyp des Terrorismus sei die RAF, die Politiker, Staatsanwälte und Manager ins Visier nahm. Pfahl-Traughber bringt es in einem seiner Texte – mutmaßlich ungewollt – auf den Punkt: Die Neonazis seien »zu keiner Zeit in der Geschichte des Landes nur annähernd in der Lage gewesen [...], den bestehenden demokratischen Verfassungsstaat in seiner Existenz zu gefährden«. Ein Serienmord an MigrantInnen und mehr als 180 Tote durch rassistische Gewalt seit 1990 gefährden den Staat in seiner Existenz offenbar nicht. Kein Grund also, dem Terror von rechts auf den Leib zu rücken.

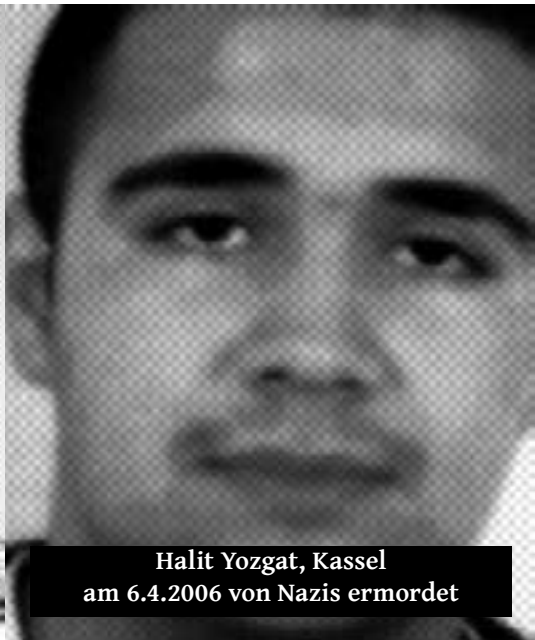
aus: der rechte rand nr. 139, nov./dez. 2012



Theodoros Boulgarides, München am 15.6.2005 von Nazis ermordet



Mehmet Kubaşık, Dortmund am 4.4.2006 von Nazis ermordet



Halit Yozgat, Kassel am 6.4.2006 von Nazis ermordet

»Mein Ziel ist, dass die Opfer sprechen, sie sollten die Hauptrolle spielen.«

Aus den Augen verloren

Mit dem Gedenken hat man sich in Mölln lange Jahre schwer getan

»Was mein Ziel ist? Mein Ziel ist, dass die Opfer sprechen, sie sollten die Hauptrolle spielen«, sagt Ibrahim Arslan vor dem Kinosaal in Lübeck, und er hustet wieder. Seit dem Brandanschlag hat er den Husten. Am Anfang habe sein Vater Faruk gedacht, er huste »aus Trotz«, erzählt er in dem Film »Nach dem Brand«. Bei unzähligen Ärzten sei er gewesen, am Ende bei einem Psychologen, der ihm gesagt habe, der Husten sei psychosomatisch. Stunden hat er in der Küche des brennenden Hauses in der Mühlenstraße 9 in Mölln ausgeharrt. In der Nacht auf den 23. November 1992 haben zwei Neonazis das Haus angezündet. Seine Großmutter, die 51-jährige Bahide Arslan, die den damals Siebenjährigen in Decken gewickelt in die Küche brachte, starb und mit ihr Ibrahims zehnjährige Schwester Yeliz Arslan und seine 14-jährige Cousine Ayse Yilmaz, die den Sommer über aus der Türkei zu Besuch in Deutschland war.

Es ist eng zwischen den Fachwerkhäusern der Möllner Altstadt. Der Mühlenplatz ist angefüllt mit halb aufgebauten Fahrgeschäften und Futterbuden. Der Herbstmarkt steht an. Überall in den umliegenden Straßen wird gehämmert, aufgebaut. »Das ist für Mölln ein Großevent«, sagt Bürgermeister Jan Wiegels von der SPD. Es ist Anfang November 2012. Zwei Jahrzehnte sind seit den Brandanschlägen vergangen.

Den Möllner Herbstmarkt gibt es seit rund 450 Jahren. Auch 1992. Rund 40 Naziskins sind am Abend des 31. Oktobers 1992 dort, es kommt zu Auseinandersetzungen mit linken Jugendlichen, für einige Nazis endet der Abend im Krankenhaus. Am Tag hatte es in Mölln eine Demonstration gegeben. »Hoyerswerda, Rostock, Mölln? Ohne uns!« stand auf einem der Transparente, unterzeichnet von der Antifa Jugendfront Mölln (AJF). 400 Menschen waren auf der Straße, 30 Neonazis standen am Rand, es wurde gepöbelt und geschubst. Die Polizei schritt nicht ein. »Das war für uns ein Indiz dafür wie sicher sich die Nazis im öffentlichen Raum fühlen«, erzählt Thorsten. 18 Jahre war er damals alt - einer der älteren Möllner Antifas. Die AJF hatten sie erst einige Monate zuvor gegründet.

Lore Meimbach hat die Fotos von der Demo fein säuberlich in einen Ordner abgeheftet und beschriftet. Seit 30 Jahren wohnt sie in der Nähe von Mölln. Lore und ihr Mann Bernd sind in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) aktiv, früher haben sie sich in der Friedensini engagiert. Mitte Oktober 1992 brennt in Mölln ein Kornspeicher, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollten. »Es zeichnete sich ja ab, dass was passiert. Wir haben beobachtet, dass die Stimmung immer weiter nach rechts ging.« Was Lore und Bernd beobachteten, mussten Thorsten und die anderen von der AJF zuweilen direkt erfahren. Immer wieder kommt es in dieser Zeit in Mölln zu Schlägereien zwischen Naziskins und Antifas.

»Was wir gefühlt haben als wir von dem Brandanschlag erfuhren? Wir waren wütend«, erinnert sich Thorsten. Gleich am nächsten Tag waren sie das erste Mal auf der Straße, organisierten die Großdemonstration am folgenden Samstag. »Wir haben damals darauf gedrängt, dass das eine Antifademo wird und kein Trauermarsch«, erinnert sich Bernd. »Wandelt Wut und Trauer in Widerstand«, lautete die Parole. »Macht mal stilles Gedenken und nicht mit Parolen und so, hieß es damals«, erzählen Lore und Bernd Meimbach.

Keine Unterstützerinnen

Die Hamburger Rechtsanwältin Katrin Kirstein vertritt die Familie und ist Teil des Freundeskreises um die Arslans. Faruk Arslan kam im Jahr 2002 in die Kanzlei, in der sie arbeitete. »Bis auf Ibrahim hatte noch niemand aus der Familie die ihnen gesetzlich zustehende Opferentschädigungsrentebekommen«, erzählt Kirstein. Aus dem Mandat ist in den knapp zehn Jahren echte Freundschaft entstanden. Im Jahr 2003 fuhren sie erstmals gemeinsam zum Jahrestag der Brandanschläge nach Mölln. »Wir sind keine Unterstützerinnen«, darauf besteht Katrin Kirstein. »Wir sind verbunden über die gemeinsame politische Arbeit«, sagt sie, »und wenn ich sehe, wie mit den Arslans umgegangen wurde, dann betrifft das auch mich.« Oft wurde die Familie nicht zu den Vorbereitungen eingeladen, einmal kam der damals amtierende Bürgermeister im Jogginganzug zum Gedenken. Ibrahim Arslan hatte das in einem Stern-Interview in diesem Jahr kritisiert, was den Bürgermeister dazu veranlasst hat, einen Leserbrief zu schreiben. Er habe seine Amtsvorgänger gefragt, ob das denn stimme, sagt Jan Wiegels. Seit gut zwei Jahren ist er Bürgermeister in der

Kleinstadt mit ihren 18 500 EinwohnerInnen. Beide hätten gesagt: »Frei erfunden.« So pietätlos wäre keiner. Doch den Jogginganzug haben nicht nur die Arslans gesehen, sondern auch andere. Aber die haben gegenüber dem Stern darauf verzichtet, das zu bezeugen. »Das ist genau das Problem, dass der Familie nicht geglaubt wird.« Dieser Auftritt vor einigen Jahren habe ihr die Tränen in die Augen getrieben, sagt Katrin Kirstein, die im Opferentschädigungsrecht mit viel mit Überlebenden von Gewalt zu tun hat.

Bevor die Familie und ihre Freundinnen zum Jahrestag der Anschläge nach Mölln fahren, treffen sie sich bei Arslans zu Hause. Jedes Jahr wieder bedeutet es einen unglaublichen Kraftakt, nach Mölln zu fahren. In diesem Jahr spricht Faruk Arslan als Mit-Einladender erstmals direkt nach dem Bürgermeister – vor dem türkischen Botschafter und dem schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten.

Ortsbesuch

Hoch ragt der hellgelbe Giebel der Nummer 9 über die enge Mühlenstraße in der Möllner Altstadt. Bahide-Arslan-Haus heißt das Gebäude. Heute wohnen dort mehrere türkische Familien und eine deutsche. Eine Gedenktafel aus Plexiglas rechts neben der Haustür erinnert daran, was hier geschah. Dass es sich um einen rassistischen Anschlag gehandelt hat, das steht dort nicht. Links neben dem Haus führt ein kleiner Gang nach hinten zum Wasser in einen kleinen Park.

In wenigen Stunden werden sich die Menschen wie jedes Jahr über den Rummel schieben. Am »Breakdancer« blinkt es schon, das »Viva Mexico« ist startklar. »Zum Herbstmarkt kommen auch die älteren Nazis raus, man trifft sich mit den Jüngeren und betrinkt sich gemeinsam«, erzählt der 21-jährige Benjamin von der Antifa Herzogtum Lauenburg (AHL).

Zwischen den Buden hängen an einigen Häuserwänden kleine Plakate. Mit Kreppband festgeklebt. »Der Till heckt mit dem Nasreddin.« Der Hodscha Nasreddin, erklärt Jan Wiegels, ist in gewissem Sinn ein Pendant zum Möllner Narr Till Eulenspiegel. Zieht man das Kreppband ab, kommt weniger Erfreuliches zum Vorschein. »Nationaler Sozialismus jetzt«, viele dieser Sprühereien finden sich an diesem Tag in der Innenstadt, vor allem im Bereich der Mühlenstraße. »Ausgerechnet heute Nacht sind welche rumgegangen, das ist natürlich der denkbar ungünstigste Zeitpunkt.« Wiegels ist verärgert. »Das können wir nur als bewusste Provokation im Vorfeld des 20. Jahrestages der Brandanschläge verstehen«, sagt er. Der Sozialdemokrat lehnt die Nazis zutiefst ab, aber er fürchtet auch um das Ansehen der Stadt. Er ist der Bürgermeister.

»Braunes Mölln«, so nannte man die Stadt zur Zeit des Nationalsozialismus. Vor 20 Jahres gab es hier die aktivste Neonaziszene im Landkreis Herzogtum Lauenburg. »Heute sieht man sie nicht mehr, aber sie sind immer noch da«, meint der 27-jährige Erik von der AHL. Auch das hängt mit den Brandanschlägen zusammen. Die älteren Nazis wurden von der türkischen Migrantenszene aufgeschreckt, erzählt Thorsten. Die Nazis wurden »zur Rede gestellt«, erzählt man uns. Auch die jüngeren Nazis haben sich nach den Anschlägen zurückgezogen. »Erst später, gegen Ende der 1990er Jahre, haben sich ein paar Jüngere wieder in die Öffentlichkeit getraut.«

Probleme mit Neonazis gab es in den letzten Jahren vor allem im nahegelegenen Ratzeburg. Anfang des Jahres kam es hier zu gesprühten Morddrohungen gegenüber dem Bürgermeister Rainer Voß, der Pröbstin Frauke Eiben und Michael Schröder, Vorsitzender der Linksfraktion im Lauenburger Kreistag. »Schröder töten« stand an seiner Hauswand, »Linke Sau stirb« auf seinem Auto. »Das war das dritte Mal, dass mein Auto betroffen war.« Der Ratzeburger nimmt

»Wir haben die Opfer nicht im Blick gehabt, wir haben die Täter im Blick gehabt.«

es scheinbar gelassen. »Man kann sich ja nicht verstecken vor denen. Ich war schon immer Antifaschist, einschüchtern lasse ich mich nicht.«

Das Thema Antifaschismus liegt Erik und Benjamin am Herzen, das merkt man. Auch bei Michael Schröder, bei Bernd und Lore Meimberg ist das nicht anders. Und trotzdem geben sie auf eine Frage alle die gleiche Antwort: »Nein, Kontakt zu den türkischen Familien hatten wir eigentlich nicht.« Schon länger hatte der Freundeskreis den Kontakt zur AHL gesucht, zum ersten Mal haben sich die jungen AntifaschistInnen nun mit Ibrahim Arslan getroffen.

»Wir haben die Opfer nicht im Blick gehabt«, sagt Thorsten. »Wir haben die Täter im Blick gehabt.« Das hängt auch mit der Situation Anfang der 1990er Jahre zusammen. »Es ging in unseren Diskussionen darum, was es eigentlich bedeutet, wenn in Deutschland Nazis wieder so etwas tun. Wir haben das auf einer politischen Ebene diskutiert, die Individuen dahinter sind verloren gegangen.« Das hatte auch etwas mit der plötzlichen Betroffenheit weiter Teile der Bevölkerung zu tun, die Linke damals oft als verlogen und geheuchelt wahrgenommen haben. »Deswegen wollten wir weg von der Einzelperspektive, hin zu den Strukturen.«

Es habe sich einiges getan in Mölln, sagt Jan Wiegels. Schon das ganze Jahr über laufen Veranstaltungen, Kunst- und Theaterprojekte. Der unmittelbar nach den Brandanschlägen gegründete Verein Miteinander Leben organisiert seit Jahren Aktionen gegen Rechtsextremismus und für Toleranz, erzählt Wiegels. Er hat ein Anliegen: »Mölln stellt sich seiner historischen Verantwortung für die schändlichen Brandanschläge«.

Auch Wiegels kennt die Geschichten von Faruk Arslan und seinen Brüdern in den 1980er Jahren, die wir in den Tage in Mölln öfter gehört haben - Hamburger Rotlichtmilieu, Drogenhandel. »Aber das ist doch kein Grund, jemandem sein Haus anzuzünden«, sagt Lore Meimberg. Doch direkt nach den Anschlägen 1992 war vielen MöllnerInnen klar: Das kann nur ein Anschlag aus dem Milieu sein - obwohl sich die Täter bei beiden Anschlägen am Telefon politisch zu erkennen geben: »In der Ratzeburger Straße brennt es. Sieg Heil!« und kurze Zeit später: »In der Mühlenstraße brennt es. Sieg Heil!« Für viele MöllnerInnen passt das nicht zusammen. Die Arslans wollen nicht so recht in das Bild passen, das man von Opfern hat. Sie sind nicht leise, sie vergeben nicht, sie finden auch heute keine guten Worte für diese Stadt, in der ihre Angehörigen von Nazis ermordet wurden. Das Verhältnis ist schwierig – bis heute. Das Wort »Personalityshow« fällt bei Gesprächen, wenn es um die Familie Arslan geht.

Auch Mark Sauer vom Verein Miteinander Leben, der unmittelbar nach den Anschlägen gegründet wurde, hat keinen Kontakt zur Familie. »Uns ist nicht so sehr daran gelegen, dass immer nur in einer Rückschau zu betrachten. Uns ist daran gelegen, sich mit der Thematik, die sich mit den Brandanschlägen gestellt hat, also Rechtsextremismus und Rassismus, vor Ort zu beschäftigen.« Die Familie Arslan hat Mölln verlassen. »Warum soll ich Kontakt zur Familie haben?«, fragt Sauer. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Weder die Familie noch der Freundeskreis sprechen mit dem Verein. Obwohl es bei Katrin Kirstein etwas anders klingt. »Miteinander Leben hat noch nie den Kontakt zu uns gesucht.« Die Gedenkfeiern organisiere der Bürgermeister und das offizielle Mölln, sagt dagegen Sauer.

Ibrahim Arslan spricht in diesem Jahr die abschließenden Gedenkworte. »Wenn der Jahrestag näher kommt, dann steigt das Interesse an den Opfern. Aber noch mehr steigt das Interesse an den Tätern. Und das soll aufhören«, sagt er. Und hustet wieder.

aus: analyse & kritik nr. 577

Plötzlich plappern Anna und Arthur

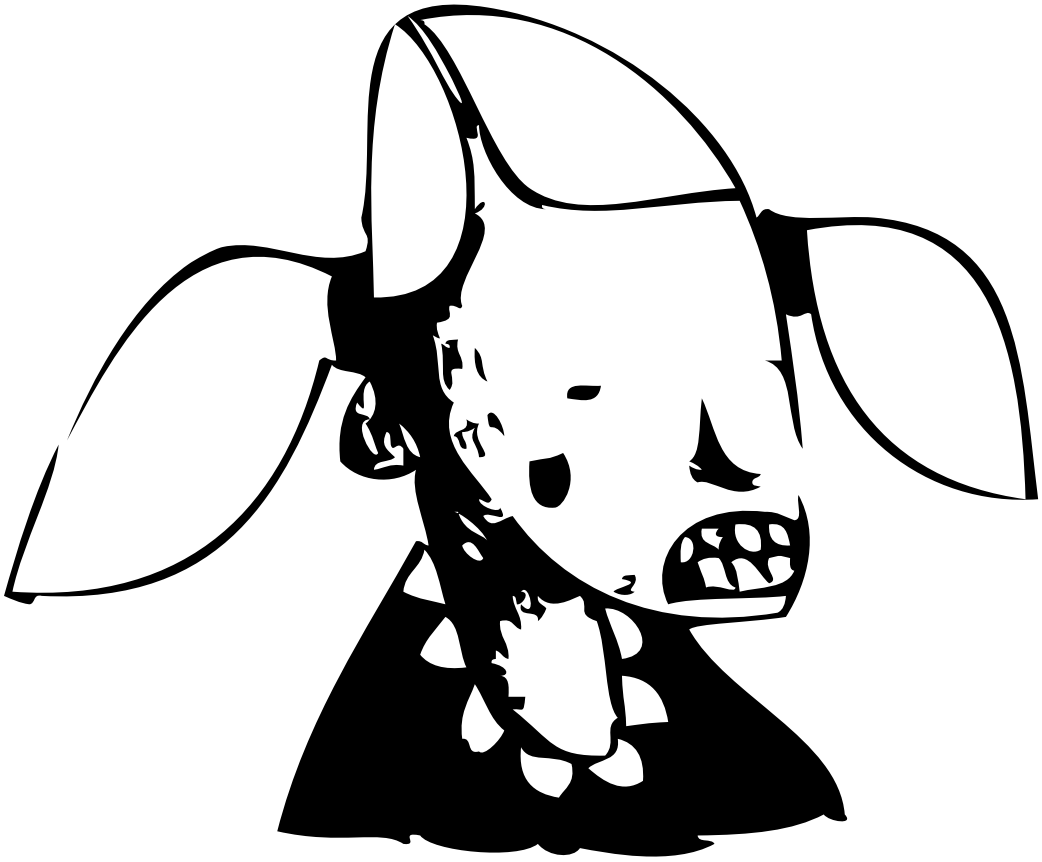
Seit Jahren betreiben wir Server und Kommunikationsdienste für linke Gruppen, geben wir uns alle Mühe, die Server sicher zu halten, wehren wir – mit unterschiedlichen Mitteln – Anfragen von Behörden zu irgendwelchen Daten ab. Kurz: Wir versuchen im kapitalistischen Internet eine emanzipatorische Basis der Kommunikation zu bieten. Seitdem auch viele Linke Facebook „nutzen“ (oder Facebook viele Linke nutzt), sind wir jedoch verunsichert: Vielen scheint es nun nicht mehr darum zu gehen, einerseits das Internet als Ressource für linke Kämpfe zu nutzen, andererseits aber das Internet selbst als politisch umkämpftes Terrain zu verstehen und sich in diesem Kampf dazu zu verhalten. Vielmehr wird unsere politische Arbeit selbst als defizitär und anstrengend wahrgenommen. Verschlüsselte Kommunikation mit autonomen Servern scheint nicht als emanzipativ, sondern als lästig angesehen zu werden.

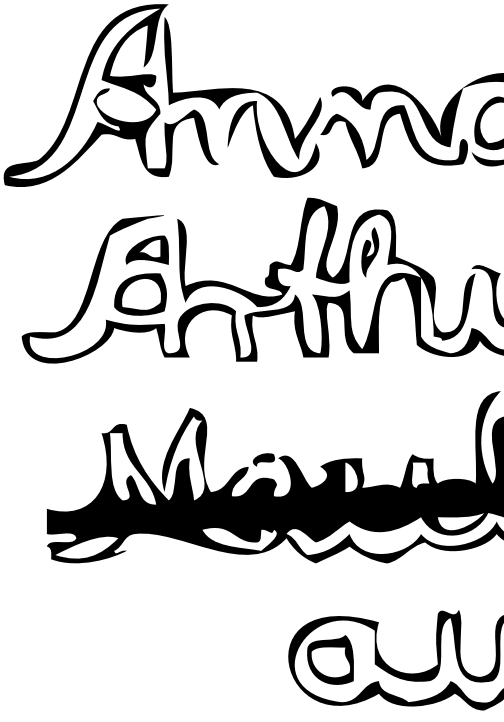
Disneyland

Wir hatten einfach nicht verstanden, dass es nach all dem Stress auf der Straße und den langen Gruppendiskussionen der Wunsch vieler Aktivist_innen ist, auf Facebook in Ruhe über alles, was erlebt wurde, mit allen zu quatschen. Dass Facebook eben auch für Linke die sanfteste Art der Verführung ist. Dass auch Linke es genießen, dort, wo es scheinbar nicht weh tut, den Strömen der subtilsten Form der Ausbeutung zu folgen und endlich einmal keinen Widerstand zu leisten. Das schlechte Gewissen, das viele dabei sicherlich plagt, weil sie wissen oder ahnen, welche fatalen Konsequenzen Facebook mit sich bringt, scheint hierbei keine besondere Handlungsanweisung zu erteilen.

Ist es wirklich Unwissenheit?

Um einmal kurz zu skizzieren, was das Problem ist: Mit der Benutzung von Facebook machen Linke nicht nur ihre eigene Kommunikation, Meinung, „Likes“ usw. transparent und prozessierbar. Sondern, und dies halten wir für weit folgenreicher, es werden linke Strukturen und Einzelpersonen, die selbst mit Facebook wenig oder gar nichts zu tun haben, aufgedeckt. Die Mächtigkeit Facebooks, das Netz nach Relationen, Ähnlichkeiten usw. zu durchsuchen, ist für Laien kaum vorstellbar: Mit dem Plappern auf Facebook werden für Behörden und Konzerne politische Strukturen reproduziert. Diese können dann bequem nach bestimmten Fragen durchsucht, geordnet und aggregiert werden, um präzise Aussagen nicht nur über soziale Relationen, wichtige Personen in der Mitte usw. zu produzieren, sondern auch auf der Zeitachse bestimmte Prognosen treffen zu können, die sich aus Regelmäßigkeiten ableiten lassen. Facebook ist die subtilste, billigste und beste Überwachungstechnologie neben Handys!





Linke Facebooknutzer_innen als unbezahlte V-Leute?

Wir hatten immer gedacht, es geht der Linken um etwas anderes: Die Kämpfe auch im Internet weiterzuführen. Und darum, das Internet für die politischen Kämpfe zu nutzen. Uns geht es darum – auch heute noch. Deshalb sehen wir in Facebook-User_innen eine echte Gefahr für unsere Kämpfe. Und besonders Linke auf Facebook produzieren (meist ohne zu ahnen, was sie tun) wertvolles Wissen, auf das Verfolgungsbehörden in zunehmendem Maße zurückgreifen. Wir könnten fast soweit gehen, diese Linken der Kompliz_innenschaft zu beschuldigen. Aber soweit sind wir noch nicht. Noch ist unsere Hoffnung nicht gestorben, dass sich die Einsicht einmal durchsetzt, dass Facebook ein politischer Gegner ist. Und, dass diejenigen, die Facebook nutzen, Facebook immer mächtiger machen. Linke Facebooknutzer_innen füttern erst die Maschine und legen damit Strukturen offen! Und dies ohne Not, ohne Richter_in, ohne Druck.

Standpunkt

Uns ist klar, dass wir von einer gewissen Höhe herab sprechen. Da wir uns seit Jahren mit dem Netz und Computern, Systemadministration, Programmieren, Kryptographie und einigem mehr beschäftigen und teils damit unser Geld verdienen, ist Facebook quasi ein natürlicher Feind für uns. Da wir uns außerdem als Linke verstehen, addiert sich dazu noch eine Analyse der politischen Ökonomie Facebooks, in der „User_innen" zum Produkt werden, an das gleichzeitig auch verkauft wird. In der Fachsprache heißt das „demand generation". Uns ist klar, dass sich nicht alle mit solcher Hingabe mit dem Internet auseinandersetzen, wie wir es tun. Aber dass Linke dieses trojanische Pferd namens Facebook an ihrem Alltag teilhaben lassen, ist weniger Ausdruck von Unwissenheit als von Ignoranz an einer extrem kritischen Stelle.

Wir fordern mit allem Nachdruck alle auf: Schließt Eure Facebook-Accounts! Ihr gefährdet andere! Verhaltet Euch zu diesem Datenmonster!

Und ansonsten: Verlasst GMX und Co! Nieder mit Google! Gegen die Vorratsdatenspeicherung! Für Netzneutralität! Freiheit für Bradley Manning! Hoch die Dezentralität!

Fight Capitalism! Auch – und gerade – im Internet! Gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Auch – und gerade – im Internet!

Nervt Eure Genoss_innen. Macht ihnen klar, dass, wenn sie Facebook füttern, sie sich echt mit der falschen Seite eingelassen haben!

nadir, im Oktober 2012

Die Black Panthers von Biskopsgården

In schwedischen Vororten organisieren sich Jugendliche nach dem Vorbild der antirassistischen US-Selbstschutzbewegung

Wenn in Schweden von »Vororten« die Rede ist, so lassen sich diese am ehesten mit den französischen Banlieues vergleichen. Betonsiedlungen am Rande der Großstädte, die sich durch all das auszeichnen, was die Verflechtungen von Klassengesellschaft und Rassismus im europäischen Alltag mit sich bringen: mangelnde Infrastruktur, hohe Arbeitslosigkeit, als Besatzungsmacht erlebte Polizeieinheiten und eine Bevölkerung, die zum großen Teil Migrationshintergrund hat - in Schweden manchmal bis zu 90 Prozent. Damit ist das Land statistisch gesehen eines der segregiertesten Europas. Zu den bekanntesten dieser Vororte zählen Rinkeby in Stockholm (Namensgeber des »Rinkebysvenska«, dem schwedischen Äquivalent zum »Kanakdeutsch«), Rosengård in Malmö (die Heimat von Zlatan Ibrahimovic: »Ein Junge kann Rosengård verlassen, aber Rosengård verlässt einen Jungen niemals«) - und Biskopsgården in Göteborg.
In Biskopsgården entstand Anfang 2011 eine Organisation, die ein unerwartetes Erbe antritt:
Die Pantrarna, zu Deutsch »Panther«, beziehen sich ausdrücklich auf die amerikanische Black Panther Party.

Wie Pressesprecher Murat Solmaz erklärt, wurde der Name gewählt, weil man Gemeinsamkeiten mit den Zielen und Methoden der Black Panthers sah und sich von ihrem Kampf inspiriert fühlte. Das Argument, dass es unangemessen sei, ein politisches Konzept aus den USA der 1960er Jahren in das heutige Schweden zu transferieren, lässt Solmaz nicht gelten: »Wenn die Ideen und die Methoden unserer Situation angemessen sind, warum nicht? Außerdem können wir uns mit Menschen identifizieren, die sowohl gegen ökonomische Ungerechtigkeit als auch gegen Rassismus kämpften.«
Die Pantrarna bestehen zum größten Teil aus in Biskopsgården lebenden Jugendlichen. Die Anfang-20jährigen gehören schon zur alten Garde. Den harten Kern der Aktiven beziffert Solmaz mit ungefähr vierzig, die Mitgliedschaft mit knapp 150 und den Sympathisantenkreis mit über tausend. Konkreter Anlass für die Gründung der Pantrarna war der Kampf um ein Jugendzentrum. Diesen haben die Jugendlichen mittlerweile gewonnen: Die Stadt Göteborg hat drei Millionen Kronen und ein altes Amtsgebäude zur Verfügung gestellt, in dem 2013 der »Pantergården« eröffnen soll. Die Pantrarna sind in die Planung und Leitung eingebunden. Erreicht haben sie dies durch Besetzungen der Büros der Stadtverwaltung, Unterschriftensammlungen und lokale Mobilisierung.

Bobby Seale in Biskopsgården

Das Jugendzentrum war jedoch nur der Katalysator für einen weitreichenden Kampf um soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Seit ihrer Gründung haben die Pantrarna Lesungen, Kurse und Sommerlager für Jugendliche ebenso organisiert wie Kampagnen gegen Polizeigewalt, Überwachungskameras und eine Medienberichterstattung über die Vororte, die sich beinahe ausschließlich auf Kriminalität, brennende Autos und Straßenschlachten mit der Polizei konzentriert.
Der Unterstützung ehemaliger Black Panther können sich die Pantrarna sicher sein. Im Frühjahr 2012 stattete ihnen Bobby Seale einen Besuch ab, einer der Gründer der Black Panther Party und Autor von »Seize the Time: The Story of the Black Panther Party and Huey P. Newton«. Seale sprach unter anderem am 1. Mai in Biskopsgården vor Jugendlichen. Im schwedischen Rundfunk zeigte er sich vor seiner Abreise von den Pantrarna begeistert: »Wir sprechen von progressiver gesellschaftlicher Veränderung. Wir sprechen von menschlicher Befreiung. Das ist, worum es ihnen geht, und das ist, worum es uns in der Black Panther Party ging.«
Die Pantrarna sind zu einem schwedischen Medienphänomen avanciert. Mitglieder werden immer wieder zu TV-Debatten gebeten und in den großen Tageszeitungen zitiert. Im Frühjahr 2012 erschien der Dokumentarfilm »Behandla inte oss som djur« (»Behandelt uns nicht wie Tiere«), und der preisgekrönte schwedische Autor Johannes Anyuru arbeitet an einem Buch über die Organisation.
Die Jugendlichen von Biskopsgården treffen einen wunden Punkt der schwedischen Gesellschaft: der alte sozialdemokratische Traum des »folkhemmet«, des »Volksheims«, verliert vor allem angesichts der Realitäten der migrantischen Gemeinden seinen Glanz. Die Vororte gelten seit langem als Sinnbilder einer »missglückten Integrationspolitik«. Dass sich die meisten der politisch Verantwortlichen peinlich berührt zu dem Thema ausschweigen, macht die Sache nicht leichter. Eher erlaubt es der Rechten, das Thema für sich zu vereinnahmen. So sprechen VertreterInnen der seit 2010 im Parlament vertretenen Schwedendemokraten gerne von den Vororten als »No-Go-Areas«, in denen selbst Ambulanz und Feuerwehr von gewalttätigen Jugendlichen angegriffen würden.
Eine selbstbewusste politische Organisation genau dieser Jugendlichen wirbelt das Bild mächtig durcheinander.

Die Präsenz der Panther in Biskopsgården ist augenscheinlich. Als ich bei einem Besuch in Göteborg Ende Oktober in die Straßenbahn Richtung Biskopsgården steige, begegne ich Amanda Ruiz Jönsson, einer ehemaligen schwedischen Fußballjugendauswahlspielerin und Pantheraktivistin. Seit ein Arzt eine Knieoperation versaute, liegt die Fußballkarriere auf Eis. »So ist das, wenn du dir keine Privatversicherung leisten kannst,« meint Ruiz Jönsson achselzuckend. Die Privatisierungen im sozialen Dienstleistungsbereich wurden bereits in den 1990er Jahren von sozialdemokratischen Regierungen eingeleitet, die den vermeintlich unaufhaltsamen Zug des Neoliberalismus nicht verpassen wollten. Seit 2006 eine bürgerliche Koalition das schwedische Regierungsamt übernommen hat, sind diesem Prozess kaum noch Grenzen gesetzt. Von den staatlichen Kürzungen und Einsparungen am stärksten betroffen sind die Vororte. Dies schlägt sich auch ökonomisch nieder. Für das Engagement bei den Panthern hat Ruiz Jönsson im Moment nur wenig Zeit. »Ausbildung und Arbeit nebenher - du weißt, da bleibt nicht viel.«

»Wir verhandeln nicht, wir fordern«

In Biskopsgården angekommen, statte ich dem Idépunkten einen Besuch ab, einer kahlen Bürgerinformationsstelle, in dem die Pantrarna vor knapp eineinhalb Jahren gegründet wurden. Gerade endet ein Treffen. VertreterInnen der Stadtverwaltung suchten nach Lösungen für die »Probleme der Vororte«. Bei dem Treffen waren auch zwei Panther anwesend. Einer der beiden, Yassin Ben Salah, meint, sie würden mittlerweile zweimal pro Woche zu Treffen dieser Art eingeladen. Ihr Verhältnis zu diesen sei pragmatisch. Mit einem Ausverkauf an das System habe das nichts zu tun. »Wir wissen, dass sich die Politiker nicht mit uns an einen Tisch setzen, weil sie das wollen, sondern weil sie sich dazu gezwungen fühlen. Wir nutzen wir aus. Wir verhandeln nicht, wir fordern.«

Diese Taktik führt zu erstaunlichen Erfolgen. Göteborgs-Posten ist Schwedens zweitgrößte Tageszeitung. Nachdem der Panther Diren Öz am 5. Juli vor dem Eingang seines Wohnhauses erschossen wurde, handelten die Artikel in der Göteborgs-Posten von wenig mehr, als dass das namentlich nicht erwähnte Opfer »der Polizei bekannt« war. Die Pantrarna machten mobil. Innerhalb kürzester Zeit initiierten sie mithilfe sozialer Medien eine breite Kampagne gegen die Zeitung, plakatierten flächendeckend und organisierten eine

"Wenn du nicht, so wie die meisten Linken, voller Vorurteile bist, dann bist du auch bereit, mit allen möglichen Menschen zusammenzuarbeiten. Mir ist es egal, wo Menschen herkommen oder was sie tun - wenn sie ein positives Ziel verfolgen, dann arbeite ich mit ihnen."

Großdemonstration. Die Leitung der Göteborgs-Posten nahm mit den Panthern Kontakt auf und ging nach ein paar Treffen bedingungslos auf all ihre Forderungen ein: 1. Eine öffentliche Entschuldigung. 2. Eine Richtigstellung in der Zeitung. 3. Konkrete Schritte, um eine ausgewogenere Berichterstattung über die Vororte zu gewährleisten. Ein erster solcher Schritt war die Stadtteilzeitung Wazzup Biskop, die von Jugendlichen aus Biskopsgården zusammengestellt und von der Göteborgs-Posten gefördert und vertrieben wurde. In einem Artikel vom 16. Oktober erklärte die Göteborgs-Posten das Projekt so: »Es begann damit, dass die Pantrarna, eine Gruppe jüngerer Personen aus Biskopsgården, der Auffassung waren, dass die Vororte in den Massenmedien und insbesondere in der Göteborgs-Posten unkundig, einseitig und negativ dargestellt werden.«

Gespanntes Verhältnis zur radikalen Linken

In der Nähe des Idépunkten treffe ich zwischen StraßenverkäuferInnen, Fußball spielenden Kindern und Flaschen sammelnden RentnerInnen auf zwei weitere Panther, Muhammed Hällgren Abdulrahman und Homa Badpa. Badpa trägt ein T-Shirt mit dem Bild des ermordeten Diren Öz. Für sie zeigt der Erfolg der Kampagne, »dass wir oft mehr schaffen können, als wir uns zutrauen«. Dass Teile der Linken den Panthern in diesem Kontext »Zusammenarbeit mit bürgerlichen Medien« vorwerfen, spiegelt das komplizierte Verhältnis der Pantrarna zur etablierten schwedischen Linken wider. Während die Panther soziale Gerechtigkeit als ihr wichtigstes politisches Ziel bezeichnen und sich immer wieder antikapitalistischer Rhetorik bedienen, sind sie wenig begeistert von dem, was sie bei Linken als Selbstgerechtigkeit, revolutionsromantische Projektion und ideologische Querelen wahrnehmen. Yassir Ben Salah, den ich im Idépunkten traf, vertritt auch hier einen pragmatischen Ansatz: »Wenn du nicht, so wie die meisten Linken, voller Vorurteile bist, dann bist du auch bereit, mit allen möglichen Menschen zusammenzuarbeiten. Mir ist es egal, wo Menschen herkommen oder was sie tun - wenn sie ein positives Ziel verfolgen, dann arbeite ich mit ihnen.« Pressesprecher Solmaz sieht die Panther als eine zeitgenössische Form politischer Organisierung, die der alten Linken den Rang abläuft. Neben der Überwindung ideologischer Barrieren und einer größeren Offenheit betont er vor allem die Rolle der Jugend: »Normalerweise versucht man, Jugendliche mithilfe von Eltern oder Lehrern zu verändern. Wir drehen den Spieß um. Wir wollen die Welt der Erwachsenen mithilfe der Jugendlichen verändern.« Solmaz schreckt dabei auch vor dem Begriff der Avantgarde nicht zurück: »Natürlich sind wir eine Avantgarde. Wir setzen Beispiele, denen andere folgen können.«

Die Panther stehen mit ihrer Form der Organisierung nicht alleine da. In Stockholm gibt es mit der Gruppe Megafonen eine Schwesterorganisation. Sie wurde im Vorort Husby gegründet und hat mittlerweile Ableger in Rinkeby und Hässelby-Vällingby. Megafonen entstand etwa zu gleicher Zeit wie die Pantrarna, ohne dass sich die InitiatorInnen damals kannten. Basar Gerecci, einer der MitbegründerInnen von Megafonen, bestätigt jedoch, dass beide Gruppen auf ähnlichen Voraussetzungen beruhen: »Frustration mit der Situation in den Vororten, den gesellschaftlichen Verhältnissen im Allgemeinen, aber auch mit der etablierten Linken. Stattdessen ein Fokus auf das eigene Stadtviertel und das Organisieren mit Menschen, mit denen du deinen Alltag teilst.«

Angesichts von Temperaturen um den Gefrierpunkt verbringe ich den Rest des Tages in Biskopsgården mit Börek, Nüssen und Cola in einer der Pantherwohnungen. Als es Zeit ist aufzubrechen, um den letzten Zug nach Stockholm zu erreichen, kommen wir noch auf die bevorstehende Reise der Pantrarna nach Malmö zu sprechen. Dort sollen sie Ende November beim Aufbau einer lokalen Panthergruppe helfen. Solmaz hält die Ausdehnung der Vorortsbewegung für »unausweichlich«: »Das hier ist die Zukunft. Wir hauchen radikaler Politik neues Leben ein.«

geklaut aus: analyse & kritik nr. 577

Echos der Vergangenheit

Minenarbeit in Südafrika - Genealogie eines Massakers

80 Prozent der weltweiten Platinvorkommen liegen im Boden Südafrikas. In der zum britischen Konzern Lonmin gehörenden Platinmine Marikana, 70 Kilometer nordwestlich von Johannesburg, hatte am 10. August ein Arbeitskampf begonnen, der am 16. August einen blutigen Höhepunkt erreichte, als in einem der schlimmsten Fälle von Polizeigewalt seit dem Ende der Apartheid 34 der 3 000 streikenden Minenarbeiter (mehr oder weniger vor den Augen der Weltöffentlichkeit) von Sicherheitskräften getötet und 78 weitere verwundet wurden. Insgesamt kamen bei dem Konflikt 45 Menschen ums Leben. Die Arbeiter forderten eine Verdreifachung ihres Lohns von 4 000 Rand (ca. 400 Euro) auf 12 500 Rand. Rund sechs Wochen nach dem »Massaker von Marikana« haben die streikenden Kumpel mit Lonmin eine Einigung erzielt: Die Löhne werden um 22 Prozent erhöht und es wird eine Einmalzahlung von 2 000 Rand geleistet, dafür, dass die Bergleute unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen. Woraus sich die Brutalität dieser Auseinandersetzung historisch speist und was sich nach dem Ende der Apartheid geändert hat, dazu der Beitrag.

Am 4. August 1946 versammelten sich über tausend Bergleute auf dem Market Square in Johannesburg, Südafrika. Die Bergarbeiter waren Mitglieder der African Mine Worker's Union (AMWU), einer nicht-europäischen1 Gewerkschaft, die fünf Jahre vorher gegründet worden war, um das 12:1-Lohngefälle zwischen weißen und schwarzen Minenarbeitern zum Thema zu machen. Ergebnis der Versammlung war eine einzige, einstimmig beschlossene Resolution: Afrikanische Bergleute würden einen Mindestlohn von zehn Schilling (ca. ein Rand, entspricht heute zehn Eurocent) fordern. Käme die Transvaal Chamber of Mines dieser Forderung nicht nach, würden alle afrikanischen Minenarbeiter unverzüglich einen Generalstreik starten. Ein Arbeiter nach dem anderen bestieg das Podest, um zu bekunden: »Wenn ich daran denke, wie wir unsere Behausungen in den Reservaten verlassen haben, unsere Kinder nackt und am Verhungern, haben wir dem nichts hinzuzufügen. Jeder Mann muss am 12. August zum Streik bereit sein. Lieber sterben, als mit leeren Händen zurückkehren.«

Die progressive Zeitung Guardian berichtete, ein alter Bergmann sei aufgestanden und habe das Wort an seine Kollegen gerichtet: »Wir in den Minen sind ja schon tote Männer!«2

Das Massaker im August 2012 an 45 Menschen, 34 davon Minenarbeiter, in Marikana in der Nordwestprovinz ist ein unvermeidliches Ergebnis eines Systems von Produktion und Ausbeutung, das seit seiner Entstehung menschliches Leben als billig und ersetzbar behandelt hat. Falls es einen zentralen Kern gibt, der durch die Geschichte Südafrikas hindurch immer bedeutsam war - einen Stamm, von dem zahlreiche andere Ereignisse die Zweige sind -, dann ist das die Forderung nach billiger Arbeit für Südafrikas Minen. »Es gibt keine andere so große und so reiche Industrie, die ihre Politik der billigen Arbeit dermaßen erfolgreich verfolgt hat«, schreibt Ruth First in Bezug auf die Fähigkeit der Chamber of Mines, die Regierung zu einer Politik zu drängen,

mit der Afrikaner von ihrem Land vertrieben und unter die Knute der Bergwerksbosse gebracht wurden.[3]

Herren und Knechte

Mechanismen wie Pro-Kopf-Steuern und Steuern auf Wohnhütten, die rassistischen Passgesetze, Gesetze zur Verpflichtung von Beschäftigten auf Loyalität gegenüber ihren Arbeitgebern (Masters and Servants Acts) sowie extreme Armut auf dem Land waren allesamt integrale Voraussetzungen dafür, den Strom billiger Arbeit für die Minen nicht abreißen zu lassen. Die Passgesetze[4] wurden geschaffen, um eine Gesellschaft zu errichten, die der schwarzen Bevölkerung lediglich zwei praktikable Beschäftigungsoptionen ließ: Farmarbeit oder Bergbau. Trotzdem schreckten die niedrigen Löhne und die gefährlichen Arbeitsbedingungen viele Südafrikaner von den Minen ab, so dass die Chamber of Mines das ganze 19. und 20. Jahrhundert hindurch Arbeiter von so weit entfernten Orten wie Malawi und China anheuern musste. Schäbige Deals zwischen dem portugiesischen Ostafrika und dem Südafrika der Apartheid stellten die Rekrutierung von Zwangsarbeitern für die Minen sicher, und 1929 schufteten bereits 115 000 Mosambikaner unter Tage. »Es hieß«, schreibt First in ihrer Studie über mosambikanische Wanderarbeiter in den Minen, »dass der Reichtum der Goldminen des Rand[5] nicht in den üppigen Vorkommen begründet liegt, sondern in den durch billige Arbeit niedrig gehaltenen Produktionskosten.«[6]

Als die AMWU 1941 gegründet wurde, verdienten schwarze Bergleute 70 Rand im Jahr, weiße Arbeiter hingegen 848 Rand. Die weißen Minenarbeiter waren schon seit vielen Jahren gewerkschaftlich organisiert, aber es gab kaum Solidarität zwischen den beiden Gruppen, wie bei der Rand Rebellion von 1922, die von der - Weißen vorbehaltenen - Mine Workers Union angeführt wurde, deutlich zu sehen war. Weiße Bergleute streikten gegen den Versuch des Managements, die Barrieren zwischen den Hautfarben abzubauen, um den Zugang der billigeren schwarzen Arbeiter zu qualifizierten Positionen zu erleichtern. Unterstützt von der Kommunistischen Partei Südafrikas unter dem Slogan »Unite and Fight for a White South Africa!« (Vereint Euch und kämpft für ein weißes Südafrika), wurde die Rebellion vom Staat brutal zerschlagen. Über 200 Menschen wurden getötet.

In den 1940er Jahren wuchsen die nichteuropäischen Gewerkschaften dramatisch, und zum ersten Mal lagen die Interessen der afrikanischen Minenarbeiter auf dem Tisch. Ihre Forderungen bedrohten das System billiger Arbeit an der Wurzel, woraufhin Premierminister Jan Smuts 1944 ein Kriegsgesetz (War Measure 1425) vorlegte, das die Versammlung von über 20 Leuten auf Minenland untersagte. Trotz dieser Schwierigkeiten hielt die Gewerkschaft den Druck aufrecht und richtete ihre Forderung nach Lohnerhöhungen 1946 an die Chamber of Mines. Ein Brief, der zu Verhandlungen aufforderte, wurde ignoriert.

Am 12. August 1948 traten Zehntausende schwarzer Minenarbeiter in Streik. Die Arbeiter wurden mit scharfer Munition die Minenschächte hinuntergehetzt, und gegen potenzielle Sympathiestreiks in Johannesburg wurde hart durchgegriffen. Bis zum 16. August hatte der Staat 100 000 Bergleute zurück an die Arbeit geknüppelt, neun waren getötet worden. Während des viertägigen Streiks wurden Hunderte Gewerkschaftsführer verhaftet. All das geschah an der Schwelle zu den Wahlen von 1948. Danach nahm die Repression weiter zu, und antikommunistische Hysterie machte sich im Lande breit.[7] Obwohl er seine unmittelbaren Ziele verfehlt hatte, stellte der Streik doch einen Wendepunkt in der südafrikanischen Politik dar und sollte das Bewusstsein der Arbeiterbewegung für immer verändern. Dreißig Jahre später, 1976, resümiert Monty Naicker, eine der führenden Persönlichkeiten im South African Indian Congress[8], der Streik habe »die afrikanische Politik über Nacht transformiert. Er bezeichnete das Ende der kompromisslerischen, um Zugeständnisse bettelnden Tendenzen, die in der afrikanischen Politik dominierten. Ängstlicher Opportunismus und das Betteln um Gefälligkeiten verschwanden.«[9] Der (mit weißen Senatoren besetzte; Anm.d. Red.) Native Representative Council, 1937 vom Staat eingerichtet, um die >Ureinwoh- ner-Frage< abzuhandeln, löste sich am 15. August 1946 auf, und ANC-Präsident Dr. A.B. Xuma wiederholte die Forderung nach »Anerkennung afrikanischer Gewerkschaften und angemessenen Löhnen für afrikanische Arbeiter einschließlich Minenarbeitern«.[10] Der Streik der Minenarbeiter von 1946 war der Funke, der die Anti-Apartheid-Bewegung entfachte. Das Aktionsprogramm der ANC-Jugendliga von 1949 verdankt der Militanz dieser Arbeiter viel, ebenso die Defiance Campaign (gegen rassistisch diskriminierende Gesetze; Anm. d. Red.) in den 1950er Jahren sowie die Entstehung des bewaffneten ANC- Arms Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) in den 1960ern. Man kann jetzt noch nicht sagen, welche Auswirkungen der aktuelle Streik bei Lonmin auf die südafrikanische Politik haben wird. Allerdings ist es eher unwahrscheinlich, dass er so transformatorisch wirken wird wie die Streiks der Vergangenheit. Die National Union of Mineworkers (NUM), die man wohl als Erbin des Streiks von 1946 sehen kann, ist momentan in eine Reihe von Territorialkonflikten mit der Abspaltung Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) verstrickt.[11]

Derweil reagiert der Gewerkschaftsverband COSATU, wenn überhaupt, ganz auf einer Linie mit dem ANC: von Mitschuld reden und Staatstrauer mit Fahnen auf Halbmast anordnen. Die zunehmend inkohärente KP Südafrikas hat die Festnahme von AMCU- Führern gefordert; manche ihrer sogenannten Kader verteidigen die Polizeiaktion.

Immer noch abhängig von billiger und flexibler Arbeit

Was außer den Bergarbeitern selbst niemand zu sagen wagt: Die Bergbauindustrie bleibt abhängig von billiger und flexibler Arbeit, die zu großen Teilen immer noch aus den Nachbarländern kommt. Dies war historisch die Hauptursache der Beschwerden von Minenarbeitern. Eine aktuelle Studie der Bench Marks Foundation über Platinminen in der Nordwestprovinz hat eine Reihe von Gründen für die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter aufgedeckt. Dabei stellte sich heraus, dass Lonmin eine Mine mit besonders hohen Unfallraten, besonders desolaten Lebensbedingungen für die Beschäftigten sowie besonders vielen uneingelösten Forderungen der Kommune nach Beschäftigung ist. Ausschlaggebend ist aber vermutlich die Tatsache, dass fast ein Drittel der Belegschaft bei Lonmin über Fremdfirmen beschäftigt ist.[12] Diese Beschäftigungsform ist in der Bergbauindustrie nicht neu. Tatsächlich haben, seit im 19. Jahrhundert Mineralien entdeckt wurden, Anwerber die südliche Hälfte des Kontinents ständig nach Arbeitern durchkämmt. Die ständige Präsenz dieser Arbeitskraft-Händler auf den Minen und die Weigerung des ANC, sie zu verbieten - verbunden mit der Entscheidung für ein System erhöhter Regulation - ist die blutige Wahrheit der so genannten >regulierten Flexibilität< in Südafrika.

Die Studie der Bench Marks-Stiftung hält noch einige weitere Erkenntnisse bereit, die einige der tatsächlichen Beschwerden erhellen, die zwischen Fotos mit geschwenkten Macheten verloren gegangen sind. Die Unfallzahlen bei Lonmin haben sich seit Januar 2011 verdoppelt. Das Unternehmen hat Forderungen der Kommune nach Beschäftigung konsequent ignoriert und stattdessen den Leiharbeitsfirmen und Wanderarbeitern den Vorzug gegeben. Ein Besuch des Forscherteams der Berich Marks Foundation in Marikana hat Folgendes zum Vorschein gebracht: »Eine Vervielfachung von Baracken und illegalen Siedlungen, den rapiden Verfall von formaler Infrastruktur und Behausungen in Marikana selbst sowie die Tatsache, dass ein Teil des von Lonmin errichteten Township bei unserem letzten Besuch seit über einem Monat keinen Strom hatte. Beim RDP-Township[13] fanden wir kaputte Abwassersysteme, deren Inhalt an drei verschiedenen Stellen direkt in den Fluss gelangte.«[14] Tatsächlich prognostiziert die Studie für Marikana weitere gewaltsame Proteste im kommenden Jahr. Die Entlassung von 9 000 Arbeitern im Mai letzten Jahres heizte die bereits angespannten Beziehungen zwischen Kommune und Mine weiter an, da die Entlassenen auch ihre Unterkünfte in den Betriebswohnungen verloren.

Auch diese Fakten sind in der Welt des südafrikanischen Bergbaus kaum neu. Hinter den verwahrlosten Siedlungen, die die Minenschächte umgeben, win-

ken immense Profite. In den letzten Jahren hat der Platinbergbau dank der gestiegenen Popularität von Platinschmuck und dank der Verwendung des Metalls in Fahrzeugauspuffsystemen in den USA und europäischen Ländern eine beispiellose Blüte erlebt. Die Produktion stieg zwischen 1980 und 1994 um 60 Prozent, während die Preise sich fast verfünffacht haben. Der Verkaufsumsatz, praktisch komplett im Export erzielt, stieg so auf fast zwölf Prozent des Gesamtumsatzes der südafrikanischen Bergbauindustrie. Der Preis von Platin stieg im Verlauf der 1990er Jahre so dramatisch, dass es inzwischen mit Gold als dem führenden mineralischen Exportartikel des Landes gleichgezogen hat.[15] Südafrikas Platinindustrie ist die größte der Welt und erzielte 2011 einen Gesamtumsatz von 13,3 Mrd. US-Dollar. Im Laufe der nächsten fünf Jahre wird ein weiterer Anstieg um 15,8 Prozent erwartet. Lonmin selbst ist einer der größten Platinproduzenten der Welt, und der Großteil der Fördermenge stammt aus der Mine von Marikana. Das Unternehmen machte 2011 1,9 Mrd. US- Dollar Umsatz. Das bedeutet einen Anstieg um 25,7 Prozent, wovon das meiste aus den Schächten von Marikana kommt.[16] Die unter Tage beschäftigten Arbeiter von Marikana verdienen nur 4 000 Rand, d.h. weniger als 400 Euro, und riskieren dafür Verstümmelung und Tod. Ein Minenarbeiter sagte der südafrikanischen Zeitung Mail and Guardian: »Besser sterben, als für diesen Scheißladen arbeiten ... Ich höre nicht auf zu streiken. Wir werden protestieren, bis wir bekommen, was wir wollen. Sie haben nichts zu uns gesagt. Die Polizei kann versuchen uns umzubringen, aber wir werden uns nicht von der Stelle rühren.« Diese Äußerungen von Frust und Wut könnten von 1922, von 1946 oder von heute stammen. Sie sind Anklagen gegen eine Industrie, die ihre Arbeiter weiterhin als austauschbare Masse behandelt, und einen Staat, der an der Politik des Apartheidstaates festhält: der Politik der billigen Arbeit.

Anmerkungen:

[1]»Nicht-europäisch« meint in diesem Text »schwarz«, europäisch »weiß«; Anm. d. Red.

[2] Monty Naicker: »The African Miners Strike of 1946«, 1976

[3] Ruth First: »The Gold of Migrant Labour«, Spearhead 1962

[4] Mit den Passgesetzen wurde die Bewegungsfreiheit der schwarzen Bevölkerung eingeschränkt, Anm. d. Red.

[5] Witswatersrand, kurz Rand (alternativ auch Reef) genannt, ist ein 280 km langer Gebirgszug in der Nähe Johannesburgs, nach dem auch die Landeswährung Südafrikas benannt ist. Aus diesem Gebiet stammen 40 Prozent des Goldes, das bislang im Bergbau weltweit zutage gefordert wurde.

[6] Ruth First: » The Gold of Migrant Labour«, a.a. O.

[7] In den Wahlen von 1948 wurde die seit 1933 regierende United Party von der Reunited National Party abgelöst, die für noch striktere Rassentrennung eintrat. Letztere sollte schließlich bis 1994 ununterbrochen an der Macht bleiben.

[8] Der SAIC vertrat von 1924 bis zum Ende der Apartheid die Interessen der indischstämmigen Bevölkerung in Südafrika und verbündete sich im Kampf gegen die Apartheid mit dem ANC; Anm. d. Red.

[9] Monty Naicker: »The African Miners Strike of 1946«, 1976

[10] Zitiert nach Monty Naicker: »The African Miners Strike of 1946«

[11] Die aktuellen Lohnforderungen der AMCU hatten den Streik, auf den die Staatsmacht mit dem Massaker von Marikana antwortete, angestoßen.

[12] The Berich Marks Foundation: »Communities in the Platinum Minefields«, 2012

[13] RDP = »Reconstruction and Development Programme«, soziales Entwicklungsprogramm des ANC in der Post-Apartheid-Ära; Anm. d. Red.

[14] The Berich Marks Foundation, »Communities in the Platinum Minefields«, 2012

[15] Charles Feinstein: »An Economic History of South Africa«, Cambridge University Press, 2005, S. 211

[16] Marketline Advantage Reports on South Africa's Platinum Group Metals, 2011

geklaut aus: express 9/2012

MOTORRADHELM STATT TROPENHELM

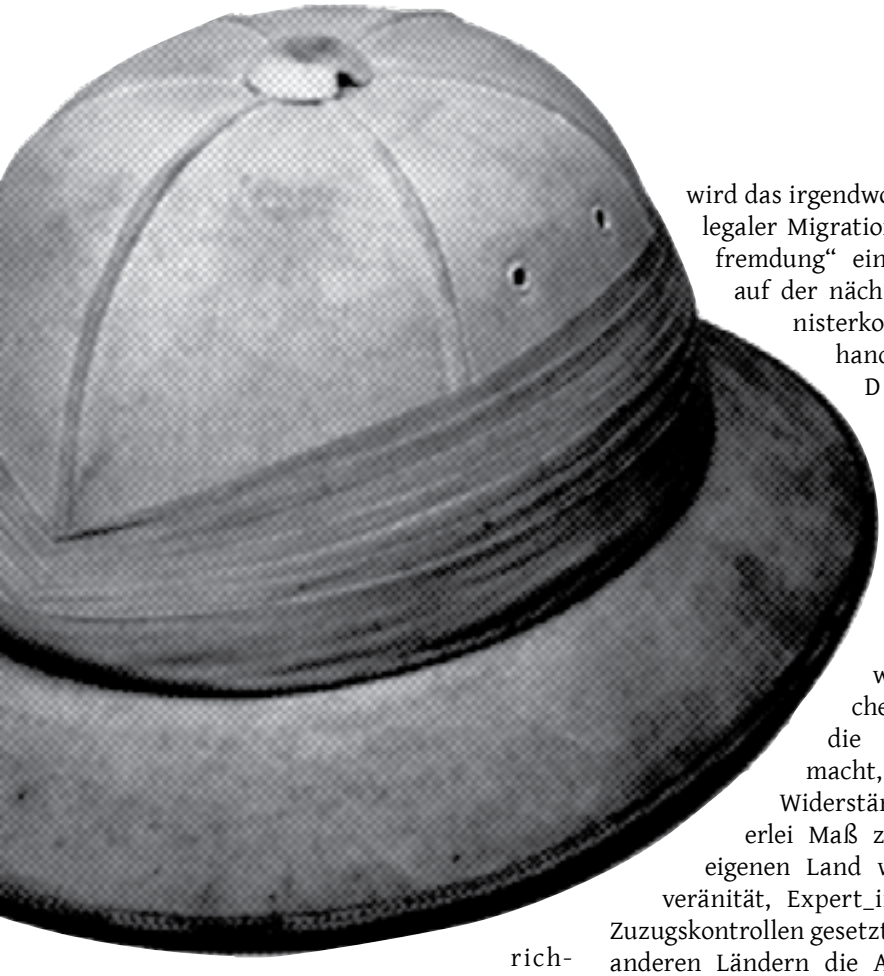
Koloniale Echos in Entwicklungszusammenarbeit und Freiwilligendiensten

„Eine junge Schulabgängerin wird nach ihrem Abitur ein Jahr in ein Entwicklungsland entsandt, um dort einen Freiwilligendienst zu leisten." - Klingt erst einmal selbstverständlich. In einigen Kreisen gehört es ja fast schon dazu, nach dem Schulabschluss eine Zeit lang ins Ausland zu gehen. Das freut die Bundesregierung, die seit 2008 verstärkt Freiwilligendienste in Ländern des Globalen Südens fördert.

Einige Fragen machen jedoch schnell deutlich, welche Vorannahmen und Privilegien sowie welches Geschichtsverständnis hinter diesen scheinbar selbstverständlichen Vorstellungen stecken. Wieso sprechen wir eigentlich von „entsenden" und nicht von „reisen"? Für was bietet diese junge Frau sich „freiwillig" an, wer wird von ihrem „Dienst" profitieren? Was bedeutet eigentlich „Entwicklungsland" und aus wessen Perspektive? Hat es um diesen „Freiwilligendienst" gebeten? Gibt es Menschen aus den „Entwicklungsländern", die in Deutschland einen Freiwilligendienst ableisten sollen? Die Tatsache, dass ein Staat kurzerhand beschließen kann, innerhalb von drei Jahren 10.000 Menschen einen Freiwilligendienst im Ausland zu ermöglichen - wie es beim weltwärts-Programm geschehen ist -, ohne dass größere diplomatische Verwerfungen erwartet werden müssen, ist keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. Nur in einer Weltordnung, die noch immer von (post)kolonialen Machtgefügen geprägt ist, die durch die Ausbeutung und Unterdrückung ganzer Kontinente und ihrer Bewohner_innen aufgebaut wurden, ist es möglich, so selbstverständlich über die Angelegenheiten anderer Staaten zu entscheiden.

Kolonialismus auf Entwicklungspolitisch

Wenn wir uns die gängigen Begriffe wie „Entsenden", „Freiwilligendienst" und „Entwicklungsland" genauer ansehen, stellt sich heraus, dass sie ohne die Kolonialgeschichte keinen Sinn ergeben. Gäbe es diese nicht, würden wir wahrscheinlich einfach von einer Reise sprechen. Das Wort „Entsendung" erinnert an die Missionsgeschichte, als christliche Europäerinnen in die späteren Kolonien gingen. Die Missionar_innen glaubten, dass sie von Gott „gesandt" wurden, um Ungläubigen den



richtigen Weg zu zeigen. Noch heute setzt das Wort voraus, dass Menschen mit einem Auftrag zur Verbesserung geschickt werden.

Der Begriff „Freiwilligendienst" schließt eine Leistung ein, die vollbracht wird, und eine gewisse Opferbereitschaft, sich in ein als gefährlich und unkomfortabel betrachtetes Land zu begeben. Es wird also als eine besondere Leistung und Aufopferung von „Freiwilligen" gesehen, dass sie sich in die politischen und sozialen Strukturen eines Landes einmischen. Wenn sich Menschen aus ehemals kolonialisierten Ländern „freiwillig" nach Deutschland begeben, um Politik und Gesellschaft mitzugestalten, wird das irgendwo zwischen „Illegaler Migration" und „Überfremdung" eingeordnet und auf der nächsten Innenministerkonferenz verhandelt. Um diese Doppelmoral der Entwicklungspolitik, zu der auch das weltwärts-Programm gehört, zu vertuschen, wird eine Sprache geschaffen, die es möglich macht, ohne größere Widerstände mit zweierlei Maß zu messen. Im eigenen Land wird auf Souveränität, Expert_innentum und Zuzugskontrollen gesetzt, während von anderen Ländern die Aufgabe dieser Vorrechte gefordert wird.

In dieser Sprache ist das „Entwicklungsland" das Unfertige, das durch den „Dienst" verbessert werden soll. Früher hieß „Entwicklungsland" „Kolonie" und unter dem Vorwand, diese als unzivilisiert bezeichnete Kolonie zu „zivilisieren", wurden Kriege geführt und Regionen unter Fremdverwaltung gestellt. Diese Praktik, eine als minderwertig eingestufte Region politisch zu bevormunden und in Abhängigkeit zu halten, findet sich in der aktuellen Entwicklungspolitik wieder. Es gibt zahlreiche Instrumente seitens der Entwicklungshilfe-Geberländer, um sich in die Souveränität der ehemaligen Kolonien einzumischen. So wird die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern an politische Zusagen oder „Good Governance" geknüpft. Dazu gehört dann z.B., dass öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden sollen. Weigern sich die demokratisch gewählten Regierungen der „Entwicklungsländer", werden Entwicklungsgelder gestrichen. Diese Praktik erinnert stark an das Vorgehen von Kolonialverwalter_innen, die andere Länder nach ihren Vorstellungen und Vorteilen zu formen versucht haben. Nur, dass dies heute nicht mehr durch militärischen Zwang, sondern durch das Ausnutzen finanzieller Abhängigkeiten geschieht. Nicht nur die Sprache, sondern gerade auch die Vorgehensweise der heutigen Entwicklungspolitik erinnert also an die der Kolonialherren und -damen.

Und sag' zu Haus,
es war sehr schön ...

Bei entwicklungspolitischen Freiwilligendiensten gibt es häufig die Vorstellung von Bewerber_innen, dass sie in ein anderes Land gehen, um „die Welt zu verändern" oder wenigstens dort zu „helfen". Das sind Überlegenheitsgefühle, wie sie auch unter Kolonialist_innen bestanden haben. Warum sollte eine unqualifizierte Freiwillige in einem anderen Land besser helfen können, als sie es in ihrer Ausgangsgesellschaft kann? Diesen Gedankengang kann man nur verstehen, wenn man die Kolonialgeschichte kennt. Das weltwärts-Programm spielt bewusst mit diesen Helfer_innenphantasien. Es ist wie selbstverständlich als „Lernen

durch tatkräftiges Helfen“ (so heißt es in den weltwärts-Richtlinien des BMZ) konzipiert worden.

Unter Lernen wird die Idee verstanden, „fremde Kulturen“ kennenzulernen und die gesammelten Erkenntnisse dann in die Ausgangsgesellschaft zu tragen. Diese Idee ist keineswegs neu. Schon vor Jahrhunderten sendeten Kolonialherren und -damen und Reiseschriftsteller_innen ein einseitig rassistisches Bild anderer Länder und Gesellschaften in Form von Reiseberichten in ihre Heimat zurück. Das aktuelle Gegenstück zum traditionellen Reisebericht ist der Internetblog, wie ihn viele Freiwillige führen. Stets ging und geht es darum das vermeintlich Fremde zu charakterisieren und zu bewerten. Dass die daraus gewonnenen Erkenntnisse mit der Realität nicht mehr viel zu tun haben, ist dabei nicht das eigentliche Problem. Problematisch ist vielmehr, dass diese Reiseberichte trotz der einseitigen Perspektive und der offensichtlichen Unwahrheiten von vielen Menschen für bare Münze genommen werden. Reiseberichte von Europäer_innen haben und hatten einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die weltweite Wahrnehmung der beschriebenen Gesellschaften. Früher dienten Reiseberichte im Zuge der Aufklärung dazu, Menschen zu charakterisieren und ihre Unterlegenheit zu beweisen, damit politische und militärische Übergriffe gerechtfertigt werden konnten. Auch heute werden sie noch dazu genutzt, Menschen (negativ) einzuordnen, sich selbst ein Überlegenheitsgefühl zu geben und politische Einmischungen zu legitimieren.

Überlegen fühlen durch „tatkräftiges Helfen“

Häufig tauchen in diesen Reiseberichten Fotos oder Beschreibungen von jungen Freiwilligen auf, die Menschen aus ihren Aufnahmeländern etwas beibringen wollen. Zwar wurde der Tropenhelm inzwischen gegen einen Motorradhelm getauscht, aber die andauernde Beschwörung des europäischen Expert_innentums zeigt, wie eng die Verbindungen zur Kolonialzeit dennoch sind. Nachdem europäische Staaten für sich „bewiesen“ hatten, dass die meisten Gesellschaften außerhalb Europas unzivilisiert seien, begannen sie damit, diese Bevölkerungen zu erziehen und in „europäischer“ Lebensweise anzuleiten. Noch immer wird offenbar davon ausgegangen, dass sogar unausgebildete junge Deutsche Menschen aus den ehemals kolonial besetzten Staaten in ihrer Entwicklung helfen könnten. Und sei es nur um „westliche Werte“ (z.B. ääh... Menschenverachtung, überhöhten Alkoholkonsum und Umweltzerstörung?) zu vermitteln, die per se als überlegen aufgefasst werden. Dabei wird stets ein Verständnis von Entwicklung benutzt, das den Entwicklungsstand des Globalen Nordens als Leitideal voraussetzt.

Zwar weicht die deutsche Entwicklungspolitik seit einiger Zeit von Vokabeln wie „Entwicklungshilfe“ ab und propagiert stattdessen „Partnerschaft“ und „Entwicklungsberatung“, aber an der Tatsache, dass die deutsche Politik sich berufen fühlt, die Geschicke anderer Länder zu leiten, hat sich nichts geändert. Das Verhältnis zwischen Sprache und Wahrnehmung der Welt zeigt sich hier als ein zwiespältiges. Auf der einen Seite können Wörter die Wahrnehmung der Realität beeinflussen, wenn es zum Beispiel darum geht, einem ungerechtfertigten Vorgehen einen guten Beiklang zu verschaffen und so Machtverhältnisse zu verschleiern (Partnerland statt Kolonie). Andererseits reicht es nicht aus, nur ein Wort durch ein anderes zu ersetzen, wenn wir tatsächlich Verhältnisse ändern wollen. Es muss auch ein Bewusstseinswandel damit einhergehen.

Diese Bruchstücke aus den gängigen Entwicklungsdiskursen und Praktiken zeigen, dass zwischen dem heilsbringenden Erziehungs- und Machtanspruch der Kolonialist_innen und der heutigen „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ Kontinuitäten bestehen und dass Überlegenheitsphantasien noch immer fest in die deutsche Sprache und in unsere Köpfe eingeschrieben sind. Auch Freiwilligendienste wie das weltwärts-Programm knüpfen als Instrument der Entwicklungspolitik an die kolonialen Sprachmuster und Praktiken an und sind nur auf der Grundlage kolonial erzwungener Privilegien zu verstehen.

geklaut aus:

„Wer anderen einen Brunnen gräbt...“ Rassismuskritik//Empowerment//Globaler Kontext. Broschüre 2012

www.werandereneinenbrunnengraebt.wordpress.com

Die ganze Kolonie, Marsch!

Der Begriff der „Entwicklungshilfe" ist umstritten und wirft Fragen auf. Definiert er Geschichte als eine Art Stufenleiter, auf der alle früher oder später denselben Weg einschlagen? Und wer möchte eigentlich wem helfen, sich wohin zu entwickeln? Ein Annäherungsversuch von Andres Schmidt

Donnerstagmittag. Ein Cafe im Münchner Stadtteil Haidhausen. Zwischen Latte Macchiato und Bircher Müsli diskutiert ein mittdreißiger Pärchen über Entwicklungshilfe. Er: „Die Projekte und Organisationen haben oft gute Ansätze, aber was dann in der Realität rauskommt, ist selten das, was man erreichen wollte. Gute Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe." Sie: „Ich bewundere schon die Leute, die alleine ganz weit rausgehen, zum Beispiel der Krankenpfleger aus Großhadern, der neulich in der Süddeutschen Zeitung porträtiert wurde." Ein Herr an der Theke meint dazu: „Die staatliche Entwicklungshilfe ist viel zu niedrig. Kein Land erreicht die 0,7% des Bruttoinlandsprodukts, zu denen sich die OECD-Länder verpflichtet haben."

Kritisch sind die Leute hier. Aber müsste ihre Kritik nicht eigentlich viel früher ansetzen?

Wichtiger als die Wirklichkeit ist deren Deutung

„Entwicklung" als Gedanke ist weder harmlos noch unbedeutend. Viel wirksamer als die Praxis der Entwicklungshilfe ist der Entwicklungs*gedanke*. Gemessen am Welthandel ist das Finanzvolumen der weltweiten Entwicklungspolitik sehr klein. Enorm ist aber die Bedeutung des Entwicklungs*diskurses* für die Deutung des Phänomens von Armut und Reichtum in der Welt: Die reichen, sprich „entwickelten" Länder seien guten Willens, die Armen beim Erreichen ihrer Entwicklungsziele zu unterstützen. Diese Deutung verschleiert das (neo-)koloniale Ausbeutungsverhältnis, das dem Welthandel zugrunde liegt. Hier fließen enorme Geldwerte von Süd nach Nord, die in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch kaum auftauchen. Wer interessiert sich schon für die Bestimmungen eines Freihandelsabkommens?

Der globale Norden ist vom Süden abhängig. Er braucht billige Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte für seine Produkte - und nutzt dabei sein enormes Machtpotential, um dies zu realisieren. Was im Kolonialismus als Völkermord und Plünderung begann, setzt sich heute in Freihandelsabkommen, im Internationalen Währungsfonds und in der Welthandelsorganisation fort: Der Reichtum der Welt verschiebt sich in die Länder des Nordens. Wahrhaben will das aber niemand; auch die Haidhausener Nutznießer und Nutznießerinnen dieses fortgesetzten weltweiten Unrechts argumentieren nicht gerne mit dem Recht des Stärkeren zur Legitimierung ihres Wohlstands. Es lebt sich eben leichter mit dem Selbstverständnis, den Armen ja nur helfen zu wollen.

Aus Kolonien wurden „Entwicklungsländer"

Wo fing das alles an? Vor der Geburtsstunde des Entwicklungsversprechens war die Weltordnung so brutal wie einfach: In der Ideologie des Kolonialismus wurde die privilegierte Stellung des Nordens rassistisch gerechtfertigt. Die Welt wurde in „weiß" und „nicht weiß", „zivilisiert" und „nicht zivilisiert" eingeteilt und daraus der Führungsanspruch der Kolonialmächte bei der Aufgabe der weltweiten „Zivilisierung" abgeleitet. Spätestens nach dem Sieg über den Faschismus war diese Ideologie nicht länger haltbar. Die UNO-Menschenrechtscharta legte das Recht jedes Einzelnen auf Glück und ein Leben in Würde fest. 1949 gab US-Präsident Harry Truman in seiner Vereidigungsrede allen Ländern, in denen Armut herrschte, das Versprechen, man werde ihnen bei ihrer „Entwicklung" helfen: „More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. [...] Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and threat both to them and to the more prosperous areas. [...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our sum of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life." Bei richtigem Verhalten könnten alle Menschen den Lebensstandard der Vereinigten Staaten erreichen. Er teilte damit die Welt in „entwickelte" und „unterentwickelte" Länder ein. Die Grenze entsprach derjenigen zwischen (ehemaligen) Kolonialmächten und (ehemaligen) Kolonien. Hintergrund von Trumans Versprechen war die einsetzende Konkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion um weltweite Einflusssphären. Die USA wurden damit zum Anschauungsobjekt eines „entwickelten" Landes. Armut wurde durch „Unterentwicklung" erklärt - ein Mangel, der durch vom Norden empfohlene Rezepte behoben werden sollte.

In der Folge etablierte sich eine entwicklungspolitische Praxis mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen, deren theoretische und praktische Ansätze sich über die Jahrzehnte änderten: Der Modernisierungs-

theorie folgte die Dependenztheorie, in den 1980er Jahren kamen neoliberale Strukturanpassungsprogramme auf, in den 1990ern die Nachhaltigkeitsdebatte und die Forderung nach Good Governance; aus „Entwicklungshilfe“ wurde „Entwicklungszusammenarbeit“. Nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen brachten eine Vielzahl von projektbezogenen Ansätzen hervor, die versuchten, auf eigenen Erfahrungen aufzubauen. Partizipation, Ownership und Nachhaltigkeit sind Begriffe, die seither in keinem Projektantrag fehlen dürfen.

Als deutlich wurde, dass das ursprüngliche Entwicklungsversprechen, alle Menschen könnten den Lebensstandard der USA erreichen, allein aufgrund der ökologischen Belastung des Planeten nicht einzuhalten war, wurde das Versprechen neu und wesentlich bescheidener aufgelegt. Die Millennium Development Goals aus dem Jahr 2000 sehen Anstrengungen vor, bis 2015 verschiedene graduelle Verbesserungen in der Basis-Versorgung der Länder des Südens zu erreichen. Es wird die Notwendigkeit einer Armutsbekämpfung durch staatliches Handeln formuliert, nachdem die neoliberalen Rezepte der 1980er und 90er Jahre zu weiterer Verschärfung der Armut im globalen Süden geführt hatten.

Mit zunehmender Konkurrenz um die knapper werdenden Rohstoffe zeigen sich die Anforderungen an Entwicklungspolitik offener als eigennützig. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird heute von einem Ex-Militär geleitet, der die Entwicklungszusammenarbeit vor seinem Amtsantritt für überflüssig hielt. Priorisiert werden nicht mehr die Länder, die es scheinbar am nötigsten haben, sondern jene, wo etwas zu holen ist. Die Hilfe soll sich strategisch, unter anderem an der sogenannten Rohstoffstrategie der Bundesregierung, ausrichten. Bereits unter Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wurde der Anspruch der Entwicklungspolitik formuliert, „globale Strukturpolitik“ zu leisten, also weltweit Strukturen aufzubauen, die den Interessen des kapitalistischen Zentrums Deutschland/Europa förderlich sind. Ein weiterer neuer Bereich der Entwicklungspolitik ist die zivil-militärische Kooperation (CIMIC). Hier werden, zum Beispiel beim Bundeswehreinsatz in Afghanistan, die Leistungen von Entwicklungsorganisationen direkt den militärischen Zielen der eingreifenden Mächte untergeordnet. Von einem Entwicklungsversprechen kann bei solchen Maßnahmen kaum noch die Rede sein, aber von 1949 bis heute hängt das Ziel der „Entwicklung“ als ein „pie in the sky“ (Wolfgang Sachs) über den Ländern des Südens.

„Die Ursache von Armut ist Unterentwicklung“ – vom herrschaftssichernden Diskurs zur paternalistischen Praxis

Freitagnachmittag. Am Rosenheimer Platz befindet sich die Wirtschaftsprüfungsfirma Deloitte. Mal sehen, ob man hier schon „moderner“ denkt, den Ballast des Gutmenschlichen, der Barmherzigkeit abgelegt hat. Um es gleich vorweg zu nehmen, nein. Es fallen Begriffe wie „Investition“ und immer wieder „Hilfe zur Selbsthilfe“, alle Befragten bekennen sich „selbstverständlich“ zur Entwicklungshilfe. Scheinbar ist das ein Bestandteil des Grundkonsenses unserer Gesellschaft, wie für die Demokratie zu sein oder gegen Rassismus; auch die,

die nicht so denken, würden das wohl nicht öffentlich zugeben.

Das Bekenntnis zur Entwicklungshilfe ist viel mehr als ein Bekenntnis zur Nächstenliebe. Es ist ein Bekenntnis zur Einteilung der Welt in richtig und falsch, vollständig und defizitär. In der Praxis der Entwicklungsexperten gilt: Die Ursache von Armut ist „Unterentwicklung“. Der Sozialwissenschaftler Aram Ziai erklärt dazu: „Wissen von der ‚Entwicklung‘ ist Wissen von der Falschheit anderer Lebensweisen und ihrer notwendigen Veränderung, also diagnostisches und therapeutisches Wissen.“ Dieses Wissen wird dort hervorgebracht, wo der Entwicklungsdiskurs erfunden wurde: im Norden. Dem Süden wird empfohlen, ein guter Schüler zu sein. „Dass es im Norden Probleme gibt, für die im Süden problemlösendes Wissen vorhanden ist, ist eine Aussage, für die im Entwicklungsdiskurs kein Raum bleibt“, so Ziai.

Dass dieses im Kern eurozentristische Projekt nicht eben nach Gleichberechtigung aussieht, ist auch den Protagonisten und Protagonistinnen der Entwicklungspolitik nicht entgangen: „Der Begriffswandel von Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit [in den 1990er Jahren, A.S.] illustriert

den nunmehr herrschenden Anspruch einer partnerschaftlichen Gleichberechtigung von Geber- und Empfängerländern, im Gegensatz zu der besonders in den Anfangsjahren dominierenden Rolle des Fachwissens und des Reichtums der Geberländer", so das Online-Lexikon Wikipedia. Die Botschaft lautet nun: „Werde so wie wir (dich haben wollen), aber übernimm dabei selbst die Subjekt-Rolle".

Wie wird das im Süden aufgenommen? Der Fakt, dass mit der Rede von Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich materielle Transferleistungen einhergehen, macht die Beteiligung am Entwicklungsdiskurs sehr attraktiv, speziell für arbeitssuchende Akademikerinnen und Akademiker und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Wenn es bezahlt wird, bemüht man sich, ein guter Schüler zu sein. Das findet nicht ohne Widerspruch statt. Nicht überall und zu jeder Zeit war der Entwicklungsdiskurs gesellschaftlicher Konsens in den Ländern des Südens. Weltweit hatte wohl jede ehemalige Kolonie eine Phase emanzipatorischen Aufbruchs, in der linke Befreiungsbewegungen begannen, zunächst einmal die Machtfrage zu stellen und den Einfluss nationaler Oligarchien und ehemaliger Kolonialmächte zurückzudrängen. Vielfach wurde dies mit Militärputschen, Diktaturen und gewalttätiger Repression beantwortet. In Lateinamerika waren zwölf ehemalige Diktatoren Absolventen der berüchtigten US-Militärschule School of Americas. Im Süden ist die Macht des Nordens allgegenwärtig und spürbar. Oft ist es weniger gefährlich, dem Entwicklungsdiskurs Glauben zu schenken.

Gerechtigkeit versus Entwicklungshilfe

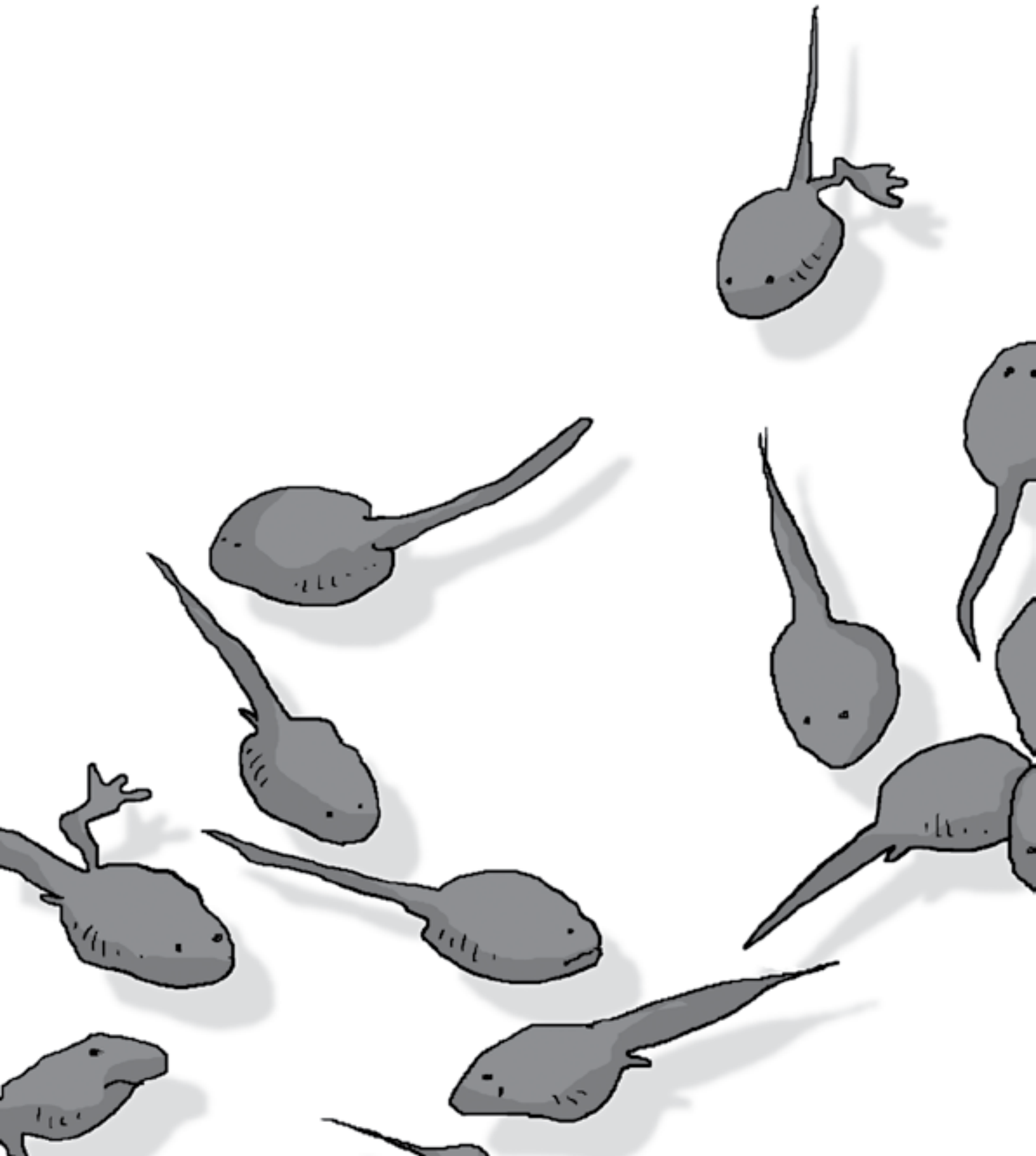
Freitagabend. Die Volxküche auf dem Wagenplatz Stattpark Olga in Giesing. Eine Frau am Nachbartisch erzählt: „Früher dachte ich, dass die Leute im Süden arm sind, weil kaum einer bei uns Lust hat, denen zu helfen. Als ich in Mittelamerika war, habe ich gemerkt, dass wir eine Menge dafür tun, damit es denen schlechter geht."

Mit einem gerechten Weltwirtschaftssystem würde Entwicklungshilfe überflüssig. Die Gesellschaften würden sich entsprechend ihren eigenen Vorstellungen verändern oder bleiben, wie sie sind, und wenn nötig Kompetenzen von anderen Gesellschaften einkaufen oder eintauschen. Ein Beispiel hierfür ist das ALBA-Bündnis einiger lateinamerikanischer Länder. Der Vertrag zwischen Cuba, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua trägt der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der beteiligten Länder Rechnung und legt einen Austausch unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und einiger Handelsprodukte fest. Dabei spottet der Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega, zwar über Entwicklungshilfe als eine Form kolonialer Einmischung, fordert aber trotzdem die Fortsetzung der Zahlungen: „Sie sind kein Geschenk, sondern eine Wiedergutmachung für die historische Schuld, die Europa bei unserem Kontinent hat." Dem widerspricht der mexikanische Intellektuelle Gustavo Esteva und fordert im Gegenzug die Einstellung jeder Entwicklungshilfe: „Sie entmündigt, nimmt Eigeninitiative, zerstört unsere Würde, unsere Kultur, unsere Praktiken. [...] Aufgrund der Haltung der Zapatisten, die ich teile, ist unsere Haltung gegenüber technischer oder finanzieller Hilfe ein klares Nein Danke! Wir wollen sie nicht und im allgemeinen schadet sie uns. Politische Allianz, ja! Wir brauchen sie dringend, und sie ist unverzichtbar. Aber selbst diese Solidarität oder Allianz ist für uns an eine sehr wichtige Bedingung geknüpft: Es muss Klarheit darüber herrschen, dass unser Kampf auch der eure ist."

Einige langjährig tätige Entwicklungsorganisationen haben inzwischen aus ihren Fehlern gelernt und bemühen sich um eine Entwicklungszusammenarbeit, bei der die politischen Rahmenbedingungen einbezogen werden, bei der die Impulse von den Betroffenen kommen und die nicht zu Passivität führt. So kommt es vor, dass gut angepasste Projekte die Lebensqualität der Adressatinnen und Adressaten tatsächlich langfristig steigern.

Der entscheidende Effekt aber bleibt: Die Ausführenden, und noch mehr die Schilder mit Projektbeschreibungen, die in den Ländern des Südens allgegenwärtig sind, tragen die Botschaft: Der reiche und kluge Norden ist besten Willens, dem armen Süden zu helfen. Wer wollte diesen freundlichen Helfern und Helferinnen die Unterschrift unter ein Freihandelsabkommen verweigern?

aus: Hinterland, nr. 20



Eine sehr deutsche Sicht auf die Verhältnisse

Nach fast zwei Jahren und über 100 Verhandlungstagen endete Mitte Oktober der umstrittene Piraterie-Prozess. Das Landgericht Hamburg verurteilte die zehn Angeklagten aus Somalia, darunter drei Heranwachsende, wegen erpresserischen Menschenraubes und bewaffneten Angriffs auf den Seeverkehr zu Haftstrafen zwischen zwei und sieben Jahren. Sie hatten im April 2010 das deutsche Containerschiff Taipan überfallen. Gabriele Heinecke war Pflichtverteidigerin eines 28jährigen Angeklagten, der Vater zweier Kinder ist. Die Hamburger Rechtsanwältin stellt die Rechtmäßigkeit des Verfahrens in Frage. Gegen das Urteil hat sie Revision beantragt, die Anwälte acht weiterer Angeklagter ebenso. Bis ein rechtskräftiges Urteil beim Bundesgerichtshof gesprochen wird, kann ein Jahr vergehen.

Sie haben das Verfahren von Anfang an kritisiert. Warum?

Das fängt schon mit der Festnahme an: Nach der Strafprozessordnung muss jeder Beschuldigte spätestens nach 48 Stunden einem Richter vorgestellt werden. Die zehn Festgenommenen sind neun Tage lang im Indischen Ozean herumgefahren worden. Einen Richter haben sie nicht gesehen, sondern sie waren gefesselt auf dem niederländischen Kriegsschiff Tromp. Wenn man Menschen ins Land holt, um sie abzuurteilen, dann muss man auch die dort geltenden Rechte vom ersten Tag an wahren. Das ist hier nicht passiert. Ich halte das für einen gravierenden Verfahrensfehler.
Der zweite Punkt ist die Anwendung des Seerechtsübereinkommens, eines völkerrechtlichen Vertrags, dem 1989 auch Somalia beigetreten ist. Mit dem Übereinkommen erlauben die vertragschließenden Staaten das Aufbringen von Piraten auf See. Ich bezweifle, dass diese Erlaubnis in unserem Fall galt. Denn Somalia ist inzwischen kein Staat mehr, sondern ein failed state. Gegenüber den Menschen aus Somalia kann daher das Seerechtsübereinkommen keine Rechtsgrundlage für eine Festnahme im Indischen Ozean sein.

Nach Aussage eines Angeklagten, der gegenüber der holländischen Marine ausgepackt hat, soll Ihr Mandant der Anführer gewesen sein. Er selbst sagt, er sei wegen seiner Schulden unter Waffengewalt zum Überfall gezwungen worden. Die Ladung von Zeugen aus Somalia hat das Gericht stets abgelehnt. Wie ging es Ihrem Mandanten nach der Urteilsverkündung?

Dass die Strafkammer unseren Anträgen auf Anhörung des in Somalia lebenden Entlastungszeugen nicht nachgekommen ist, beweist die Verletzung von grundlegenden prozessualen Rechten. Hätte der Zeuge die Erklärung unseres Mandanten bestätigt, hätte dieser freigesprochen werden müssen. Aber die Kammer fand eine Reise nach Somalia zu gefährlich und sah keine Möglichkeit, den Zeugen nach Hamburg zu holen. Das alles hat unseren Mandanten extrem belastet.
Einerseits ist er nun erleichtert, weil das Gericht dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft von zwölf Jahren nicht entsprochen, sondern »nur« sieben Jahre verhängt hat. Andererseits ist er sehr enttäuscht, dass er mit seiner Einlassung und seinen Anträgen nicht wirklich gehört worden ist.

„In dem Urteil steckt ein profundes Vorurteil. Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, dass die Sicht der Kammer eine sehr deutsche Sicht auf die Verhältnisse in Somalia und unter Somaliern ist."

„Die zehn Festgenommenen sind neun Tage lang im Indischen Ozean herumgefahren worden. Einen Richter haben sie nicht gesehen, sondern sie waren gefesselt auf dem niederländischen Kriegsschiff Tromp."

Er und die anderen sechs erwachsenen Angeklagten müssen die Kosten des Verfahrens tragen. Wissen Sie schon, was da auf Ihren Mandanten zu kommt?

Etwas Unbezahlbares.

Haben Sie die lange Dauer und die Wendungen des Prozesses erwartet?

Dass es kompliziert werden würde, Sachverhalte aus Somalia in Hamburg in den Prozess hineinzutragen, war uns schon klar. Auch die lange Dauer hat damit zu tun. Wir mussten uns alle erst einmal in die Materie einarbeiten, Sachverständige hören und versuchen, den Alltag dieses Landes kennenzulernen.

Wie überzeugend fanden Sie die vierstündige Urteilsbegründung des Richters?

Die Begründung war widersprüchlich. So ist das das Gericht zwar ungeprüft davon ausgegangen, dass die Einlassungen der Angeklagten zur Person zutreffen, also die Clanzugehörigkeit und die persönliche Lebenssituation. An die Einlassungen zur Sache wurde aber ein anderer Prüfungsmaßstab angelegt. So wurde im Urteil ausgeführt, das Benutzen eines Mobiltelefons auf dem »Mutterschiff«, um seine Familie zu informieren, beweise, dass unser Mandant nicht entführt worden sei. Diese Einschätzung beruht auf Annahmen, die ihre Grundlage nicht in unserem Strafprozess haben, sondern ein schlichtes Vorurteil darüber sind, wie der somalische Mensch sich so verhält. Das Vorurteil lautet: Wer mit dem Telefon eines anderen hier Angeklagten seine Familie anruft, ist Pirat. Das halte ich für Unsinn.
Unser Mandant hatte außerdem erklärt, dass er entführt worden sei, weil er geliehene 500 Dollar nicht zurückzahlen konnte und die Summe durch seine Beteiligung am Überfall abarbeiten sollte. Das Gericht hat argumentiert, dass dies nicht stimmen könne, weil man ihn ja auch so hätte zwingen können, ohne die 500 Dollar Schulden. Diese Beweiswürdigung ist verwunderlich, denn sie setzt die Logik der Kammer an die Stelle wirklichen Geschehens, über das aber gar kein Beweis erhoben worden ist.
Darüber hinaus hält die Kammer eine Zwangssituation für widerlegt, weil die Gruppe als Einheit bei der Enterung der Taipan zusammengewirkt haben müsse, anders sei die Aktion gar nicht denkbar. Auch hier setzt das Gericht seine Vorstellung an die Stelle einer notwendigen Beweiserhebung. Wer Angst um sein Leben hat, würde aber alles tun, um zu funktionieren.
In dem Urteil steckt ein profundes Vorurteil. Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, dass die Sicht der Kammer eine sehr deutsche Sicht auf die Verhältnisse in Somalia und unter Somaliern ist. Mir scheint, dass diese Sicht nicht stimmt.

Sie hatten auf Einstellung des Verfahrens plädiert.

Nach unserer Überzeugung hat dieses Verfahren bewiesen, dass die Umstände und die deutsche Strafprozessordnung nicht die Mittel zur Verfügung stellen, um dieses Verfahren in einer fairen Art und Weise durchzuführen. Es hätten Beweise in Somalia erhoben werden müssen. Die darauf gerichteten Beweisanträge hat die Kammer zurückgewiesen. Im Fall unseres Entlastungszeugen

„Auf der einen Seite gibt es die reichen und mächtigen Länder, denen alles offen steht und die sich auf dieser Welt nehmen können, was sie wollen, notfalls mit Waffengewalt. Eine strafrechtliche Verfolgung existiert hierfür nicht."

„Diese Länder setzen ein Recht, das für die armen Länder oft Unrecht ist."

aus dem Flüchtlingslager nahe Mogadischu scheiterte es daran, dass der Zeuge keinen Pass hatte. Ein Professor aus Mogadischu wäre bereit gewesen, bei der Beschaffung des Passes und der Ausreise zu helfen. Aber es hätte eine kleine Summe für die Beschaffung des Passes gezahlt werden müssen. Die Kammer hat uns in der Urteilsbegründung vorgehalten, wir hätten das Ansinnen an das Gericht gestellt, »Schmiergelder« für den Pass aufzubringen.
Die Strafkammer hat die Aussage dieses Zeugen in verschiedenen Beschlüssen als wesentlich bezeichnet. Wenn es dann nicht gelingt, sich des Zeugen zu bedienen, weil man weder selbst nach Somalia reisen noch die Möglichkeit einer audiovisuellen Vernehmung in Anspruch nehmen noch dem Zeugen bei der Passbeschaffung behilflich sein will, muss man sich eingestehen, dass das Verfahren rechtsstaatlich nicht zu handhaben ist. Wenn die rechtsstaatlich gebotene Aufklärung des Falles nicht möglich ist, besteht ein Verfahrenshindernis, das zur Einstellung des Verfahrens führen muss.

Das Verfahren wurde nicht eingestellt. Brauchte die Bundesregierung den Prozess, um den Einsatz der deutschen Marine am Horn von Afrika zu legitimieren, wie manche Kritiker meinten?

Nein, das glaube ich nicht. Das Gericht hat sich bemüht, rechtsstaatliche Entscheidungen zu treffen. Die Strafkammer befindet sich aber im Irrtum, wenn die Richter meinen, sie könnten mit dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium die Hintergründe des Angriffs auf die Taipan aufklären und eine gerechte Entscheidung treffen.

Wie bewerten Sie es, dass die Erstürmung der Taipan nach Absprache mit der Bundesregierung stattfand und der Prozess nur unter Mithilfe des Militärs am Golf von Aden möglich war?

Das ist sicher ein grundsätzliches Problem. Die Strafverfolgung ist Aufgabe der Polizei, nicht des Militärs. Hier hat das Militär polizeiliche Aufgaben wahrgenommen. Das ist rechtswidrig.

Einzelne Kommentatoren bemängelten die Unerfahrenheit des Gerichts in grenzüberschreitender Arbeit. Müssen Gerichte angesichts zunehmender »Weltjustiz« besser qualifiziert werden und außereuropäische Lebensverhältnisse genauer studieren? Oder ist die entgrenzte Strafverfolgung schon das Problem?

Ich weiß nicht, wie erfahren die Kammer in anderen Verfahren mit internationalem Bezug ist. Das Problem scheint mir ein viel grundlegenderes zu sein: Auf der einen Seite gibt es die reichen und mächtigen Länder, denen alles offen steht und die sich auf dieser Welt nehmen können, was sie wollen, notfalls mit Waffengewalt. Eine strafrechtliche Verfolgung existiert hierfür nicht. Diese Länder setzen ein Recht, das für die armen Länder oft Unrecht ist.
Es entsteht eine Schieflage auf der Ebene des Rechts. Recht im Wortsinne aber ist nur Recht, wenn es zu Gerechtigkeit führt. Gerechtigkeit ist nicht, wenn ein reiches Land mit Macht das selbstgesetzte Recht durchsetzt. Somalia ist ein zerfallener Staat. Er kann seinen Bürgern keinerlei Schutz bieten, weder im Land noch hier auf der Anklagebank. Deutschland nimmt sich das Recht des »Weltrechtsprinzips«. Es ist eine Rechtsetzung durch Macht, nicht durch Gerechtigkeit, und das ist ein Problem.

geklaut aus: Jungle World, 44/2012

„...und raus bist Du!“

Buntes queeres Leben oder alltägliche Eugenik?

Was hat vorgeburtliche Diagnostik mit queerfeministischen Kämpfen zu tun?
Ein Workshop zu Pränataldiagnostik

20. Januar :: 10h – 16h :: Alhambra :: all gender*

Januar

FR.	4.1.	22:00	Mash up Di Place
SA.	5.1.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
FR.	11.1.	22:00	Minimal-Techno und Dubstep
SA.	12.1.	22:00	Queer feministische Verkleidungsparty
DO.	17.1.	22:00	Sonderpädagogik-Party
FR.	18.1.	21:00	Fat Hoschi: Punk-Karaoke
SA.	19.1.	22:00	männerfabrik
FR.	25.1.	21:00	Punk-Konzert
SA.	26.1.	23:00	Rosa Disco

Februar

FR.	1.2.	22:00	Mash up Di Place
SA.	2.2.	22:00	Homophilias
SA.	9.2.	22:00	Bad-Tast-Party
FR.	15.2.	21:00	Crush Hour Concerts: Bad Wires Vol. II Festival für experimentelle Musik
SA.	16.2.	22:00	männerfabrik
FR.	22.2.	22:00	Crush Hour Concerts: Blemishes
SA.	23.2.	22:00	Rosa Disco

alh
alham
alhambra zeitu
alhambra ze
alhambra zeitung

alhambra zeitung und proj
alhambra
alhambra zeitung
alhambra zeitung und
alhambra zeitung und
alhambra ze
alhambra ze
alhambra zeit

Wöchentlich

MO.	20:30	antifa-café
MI.	20:00	Theatergruppe
DO.	18:00	action samba band, ror
DO.	20:00	VoKü, danach Kneipe
DO.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. MI.	20:00	FrauenLesbenTrans-Kneipe
3. MI.	21:00	Punkkneipe
2. FR.	20:30	NutzerInnenplenum

Infoladen Roter Strumpf

MO.	17 - 19 Uhr
DI.	16 - 19 Uhr
DO.	18 - 21 Uhr
FR.	16 - 19 Uhr